

Pöfener Zeitung.

Das Abonnement
auf dies mit Ausnahme der
Sonntage täglich erscheinende
Blatt beträgt vierteljährlich
für die Stadt Pöfen 1 1/2 Thlr.
für ganz Preußen 1 Thlr.
24 Sgr.
Bestellungen
nehmen alle Postanstalten des
In- und Auslandes an.

Inserate
(4 Sgr. für die fünfgepal-
tene Zeile oder deren Raum;
Reklamen verhältnismäßig
höher) sind an die Expedi-
tion zu richten und werden
für die an demselben Tage er-
scheinende Nummer nur bis
10 Uhr Vormittags an-
genommen.

Amtliches.

Berlin, 24. Jan. Sr. K. H. der Prinz-Regent haben, im Namen Sr. Majestät des Königs, Allergnädigst geruht: Dem Regierungsrath, Kanzleirath Klop zu Frankfurt an der Oder, und dem pensionirten Stadtschreiber Peine zu Salzwedel den Rothen Adlerorden vierter Klasse, so wie dem Wirtschaftsimpertor Schwaibaauer zu Oberditsdorf, im Kreise Nimptsch, und dem Schauffewärter a. D. Wisch zu Drossow im Kreise Prenzlau, das Allgemeine Ehrenzeichen zu verleihen; den Kreisgerichtsrath Dopfer in Gehringen zum Appellationsgerichtsrath bei dem Justizrat in Ehrenbreitstein; und den leitberigen Landrathsamtsverweser, Regierungs-Referendar Carl August Julius Christia n Frise auf Altenselde zum Landrath des Kreises Weßlau im Regierungsbezirk Königsberg zu ernennen; dem Wagenfabrikanten Joseph Neug hierelbst das Prädikat eines königl. Hofwagenfabrikanten; und dem Porzellan- und Glaswarenhändler, Kaufmann Moriz Wenzel zu Breslau, das Prädikat eines königlichen Hoflieferanten zu verleihen.

Telegramme der Pöfener Zeitung.

London, Montag, 23. Jan. Die Dampfer „Cina“ und „Canada“ sind mit Nachrichten aus Newyork vom 11. d. eingetroffen. Nach denselben war zu Washington der Sprecher im Repräsentantenhause noch nicht gewählt; Faulkner war zum Gesandten in Paris ernannt worden, und hatte General Miramon gegen den mit Amerika abgeschlossenen Vertrag protestirt.

Bern, Montag 23. Januar. Auf dem stattgehabten Hofballe in Wien sprach der Kaiser von Oestreich gegen den Geschäftsträger der Schweiz seine Befriedigung über die Art, wie die Schweiz im italienischen Kriege die Neutralität beobachtet hat, aus.

(Eingegangen 24. Januar 8 Uhr Vormittags.)

London, Dienstag 24. Januar. Die heutige „Times“, und mit ihr gleichzeitig die „Morningpost“ meldet, daß gestern der Handelsvertrag zwischen England und Frankreich in Paris unterzeichnet worden sei. Die Chronrede werde den Abschluß desselben melden, und sowohl über die Vergangenheit wie über die Zukunft sich befriedigend aussprechen.

(Eingeg. 24. Jan. 12 Uhr 30 Min. Nachmittags.)

Deutschland.

Preußen. AD Berlin, 23. Jan. [Die italienischen Angelegenheiten; Adressenparis; Militärkabinet.] Man ist sehr gespannt auf die Entwicklung der Dinge in Italien. Der Streit über die Bedeutung des Wiederauftretens Cavour's ist noch nicht geschlichtet; doch, wenn es auch zweifelhaft sein mag, ob die Bestrebungen des piemontesischen Staatsmannes mit den Plänen der französischen Politik genau zusammenstimmen, liegt es jedem unbefangenen Blicke offenbar, daß von Turin aus jetzt der ganzen italienischen Bewegung wieder ein neuer und sehr nachdrücklicher Anstoß gegeben werden soll. Die Berufung Cavour's scheint allerdings vorzugsweise durch englischen Einfluß unterstützt zu sein, und schon daraus erhellt, daß es sich um eine entscheidende Schilderhebung zu Gunsten der Annexion handelt. Die Zusammenfügung des neuen Turiner Kabinet's wird schon durch die Wahl der einzelnen Minister eine gewisse Verschmelzung der verschiedenen italienischen Elemente darstellen, und es sind sogar Einleitungen getroffen, um eine Nationalversammlung von gleich umfassendem Charakter zusammen zu berufen. Ob dieser Plan wirklich zur Ausführung kommen wird, steht dahin; doch ist es ganz unzweifelhaft, daß Cavour ernstlich darauf hinarbeitet, aus der Annexion eine vollendete Thatfache zu machen, über welche sich nachträglich die Diplomatie in einem weitläufigen Notenwechsel ergehen könnte. Nach den Londoner Berichten scheinen auch die Verhandlungen zwischen Frankreich und England wieder auf die Annexion hin einzulenken, und man darf auf den Widerstand des Palmerston'schen Kabinet's gegen die Vergroßerungsgelüste Napoleons keine allzu sichere Hoffnung setzen. — Unser Landtag hat sich ungeachtet seiner Anhänglichkeit an die konstitutionelle Praxis von dem stereotypen System der Adressen verständigerweise losgelöst. In den Verhandlungen der Fraktionen mag hier und dort die Sache angergrt worden sein; doch ist in keinem der beiden Häuser der Antrag einer Antwortadresse auf die Thronrede gestellt worden. Man will die Adressenparis nicht zu einem Vorwand für unnütze Parteikämpfe werden oder gar zu einer leeren Formalität herabzinken lassen, sondern zieht es vor, dieselbe nur zu außerordentlichen Kundgebungen zu benutzen. Eine Adresse zu Gunsten der deutschen Einheitsbestrebungen steht gelegentlich in Aussicht; jedoch enthält sich, wie es scheint, die Regierung dabei jeder Initiative. — Es ist wieder vielfach die Rede von einer beabsichtigten Aenderung im Militärkabinet. Nach den umlaufenden Gerüchten würde General v. Mantuffel aus demselben ausscheiden und seine Stelle in einer Weise ersetzt werden, welche Konflikt mit dem Chef des Kriegsdepartements mehr als bisher zu beseitigen geeignet wäre.

Berlin, 23. Januar. [Vom Hofe; Festlichkeiten.] Heute Mittag empfing die Königin den Besuch der Frau Prinzessin Karl, welche Mittags mit dem Kammerherrn v. Röder nach Sanssouci gefahren waren und gegen 3 Uhr wieder hieher zurückkehrten. Die hier verbreiteten Nachrichten über das Befinden des Königs lauten heute schon nicht mehr so günstig wie gestern. Das Leiden des hohen Patienten soll einen Theil nach dem andern ergreifen. — Der Prinz-Regent ist bereits von seinem Unwohlsein soweit frei, daß er schon wieder ausfahren konnte. Heute Nachmittags erschienen

fast alle hohen Herrschaften im Thiergarten. Vormittags arbeitete der Prinz-Regent mit dem Fürsten von Hohenzollern und den Ministern v. Auerswald und v. Schleinitz und ließ sich darauf von den Geheimrathen Costenoble und Maire Vortrag halten. Mittags empfing der Prinz-Regent den Grafen Oriola, welcher im Begriff steht, auf seinen Posten nach Stockholm abzugeben. Derselbe befand sich auch am Sonnabend in der Ehegesellschaft, die vom Prinz-Regenten und seiner Gemahlin eingeladen worden war. Morgen früh trifft der Prinz Friedrich mit dem Kourierzuge aus Haag hier ein; seine Ankunft ist heute dem Hofe gemeldet worden. Man glaubt, daß die niederländischen Herrschaften mit den Mitgliedern unseres Handelshauses in der Soirée erscheinen werden, die morgen beim Handelsminister stattfindet und zu der schon heute alle Vorbereitungen getroffen sind. — Heute ist die zweite Soirée beim Grafen Hedern, welche ebenfalls sich des hohen Besuchs erfreuen soll.

Morgen Nachmittags 3 Uhr begeht der Verein zur Beförderung des Gewerbes in Preußen sein Stiftungsfest. Nach dem Statut vom 29. April 1820 ist der Zweck des Vereins: die Entwicklung und den Aufschwung der Gewerbe im preussischen Staate möglichst zu befördern. Kenntnißnahme von dem Zustande der Gewerbe im In- und Auslande; Prüfung von Entdeckungen und Erfindungen; Aufmunterung durch Belohnung bedeutender Erfindungen; Konkurrenz durch Ausfolgung von Prämien sind die Mittel, um jene Zwecke zu erreichen. Aus den in Berlin wohnenden Mitgliedern werden durch jährliche Wahl folgende Verwaltungs-Abtheilungen gebildet: 1) für das Rechnungswesen aus 6 Personen; 2) für Chemie und Physik aus 8 Personen; 3) für Baukunst und schöne Künste aus 6 Personen; 4) für Mathematik und Mechanik aus 8 Personen; 5) für Manufaktur und Handel aus 24 Personen. Der Verein versammelt sich am ersten Montag eines jeden Monats im Gewerbehaue. Die Mitgliederzahl ist ziemlich bedeutend und ebenso ist der Kapitalfonds. Das Diner zur Feier des Stiftungsfestes ist in Armin's Lokal, und ist für Tafelmusik und Gesang geforgt. Den Toast auf Friedrich den Großen bringt der Geheimrath Bräus aus und diesem folgt das Lied: Friederichs Ner ic., gesungen von Krause. Den Toast auf das königliche Haus hat der Geheimrath Delbrück auszubringen, und an diesen schließt sich das Lied: Prinz von Preußen, edler Ritter, und wird von der ganzen Festversammlung gesungen. Dem Toast auf den Handelsminister folgt das Lied: Rheinsehnsucht, gesungen von Mantius. Dem Handelsminister war der Toast auf den Vereins-Vorsitzenden zugebracht, doch höre ich, daß derselbe die Einladung des Grafen v. Arnim-Boymenburg angenommen hat, also diesem Feste nicht beiwohnen wird. Daß diese Feier sehr solenn sein wird, dafür sprechen die 9 Gänge, zwischen denen Gesangsvorträge der Herren Krause und Mantius abwechseln.

Berlin, 23. Jan. [Preußen und Persien; Notizen aus Persien's Gegenwart.] In die Geschichte der großen Ausdehnung, welche die diplomatischen und merkantilschen Verbindungen Preußens mit Staaten anderer Erdtheile neuerdings erlangt haben und durch fernere Bestrebungen erlangen sollen, gehört ganz besonders der am 25. Juni 1857 zu Paris auf acht Jahre zwischen Preußen und Persien durch den Grafen v. Saxefeldt einer- und dem in außerordentlicher Mission in Europa damals dort anwesenden persischen Premierminister Ferak Khan andererseits abgeschlossene Freundschafts- und Handelsvertrag. In Folge desselben wurde (6. Dezember 1858) der erste persische Ministerresident für Teheran in der Person des Geh. Sin. Raths Dr. Gesse ernannt. Derselbe ist indes nicht auf diesen Posten abgegangen, da die Regierung ihm erlaubte, mit dem Generalconsul für Spanien und Portugal, Herrn v. Minutoli, zu tauschen. Der letztere ist, wie i. Z. gemeldet, vor einigen Wochen von hier nach Teheran abgereist, wo bereits seit Anfang vor. Jahres die Geschäfte der Residentur von einem diesseitigen Agenten kommissarisch geführt wurden. Am 1. Februar gedachte der neue Resident seinen Posten anzutreten, nachdem er noch in den vorzüglichsten Handelsplätzen, die er auf seiner Reise berührt, verweilt habe. In einem Schreiben aus Tabriz heißt es: „So freudig man von beiden Seiten die neuen Missionen, welche die Früchte der von Ferak Khan in Paris entwickelten außerordentlichen Umlicht und Thätigkeit sind, so darf man sich doch nicht verschweigen, daß auf einen wesentlichen Nutzen derselben wohl noch nicht so bald zu rechnen ist, daß ein solcher vielmehr erst später zu Tage treten kann und wird. Der Perser geht wie der Türke nicht gern von seinen gewohnten Wegen ab, er wird noch lange eine vereinzelte Erscheinung auf den Messen und Handelsplätzen Europa's bleiben. Einige Ausnahme machen die unter persischer Hoheit stehenden Armentier, die viel nach Ispis und Moskau kommen und auch Agenten nach London und zur Leipziger Messe senden. Uebrigens richtet sich die Aufmerksamkeit der Regierung des Schah Nassereddin seit einigen Jahren lebhaft auf den Handel und das Fabrikwesen, und Ferak Khan's Mission nach Paris und London hatte eben so wichtige kommerzielle als politische Zwecke. Dieser Staatsmann ist jetzt die Seele des Gouvernements des persischen Reichs, der fast unumschränkte Leiter aller Maßregeln nach Außen und im Innern. Eine feine, wissenschaftliche, europäische Bildung, sein scharfer Verstand, seine Thätigkeit und Treue haben ihm zugleich das unbegrenzte Vertrauen seines Herrn, wie das des persischen Volkes verschafft. Er ist der eigentliche Großvezir und Premierminister, obgleich er sich mit den Würden eines Siegelbewahrsers, Chefs des h. Haushaltes und Großmarichalls des Palastes begnügt. Weder Mirza Sadikh, der Kaimakam (Minister des Innern), noch Said Khan, der Motemin-Hoffant (auswärtiger Minister) handeln in wichtigen Dingen ohne seine Bestimmung; er ist der Kontrolleur der Finanzen, aller Fonds und Einnahmen, der Präsident des Verwaltungsrathes, in welchem Mahmud Khan Direktor des Handels und der Staatsfabriken ist. Näher an Macht steht ihm Mirza Mehmed Khan, der zugleich Emir ol-Omera (Generalissimus) und Ober-Zerimonienmeister ist und, gleich ihm, im Kabinet wie am Hofe in hohem Ansehen steht. Der Justizminister, Kuli Khan, ist zugleich Präsident des obersten Gerichtshofes. An der Spitze der Geistlichkeit steht der Groß-Mustehid mit den ausgedehnten Befugnissen eines Mufti, zugleich der oberste Priester und einer der höchsten weltlichen Richter und Ausleger der Gesetze. Für den armenischen Ritus ist ein Bischof von Zepahan, für die Unterthanen katholischen Glaubens ein apost. Delegat, der Bischof von Ariadiopoli in part, eingesetzt. Persien hat auch schon seit dreißig Jahren einen Staatsrath als oberste beratende Behörde, in welchem der greise Daffar Khan, genannt der Mann der Erfahrung, würdig den Vorsitz führt. Die ersten diplomatischen Verbindungen knüpfte das persische Reich mit den morgenländischen Kaimern und den Czaren Rußlands an. Unter Zwan I. ergriff der erste persische Gesandte in Moskau. Stehende Gesandtschaften europäischer Mächte in Tauris und Teheran finden wir erst in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts. Gegenwärtig besteht das fremde diplomatische Korps in Teheran aus den vier außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Ministern von Rußland, England, Frankreich und der Porte, und dem preuß. Ministerresidenten; Dopen ist der französische Minister Baron Pichon. Der türkische Minister Riza Bey ist erst seit einigen Monaten auf sei-

nem Posten, ein österreichischer und ein sardinischer Geschäftsträger werden in Tauris erwartet. Erst in neuerer Zeit, seit 1859, unterhält der Schah bevollmächtigte Minister in Petersburg, Paris und Konstantinopel, und in Astrachan und Ispis bestehen persische Konsulate, die einzigen dieser Nation in Europa, ein deutlicher Fingerzeig für die eigentliche Richtung des persisch-europäischen Handels. Auch der Handel mit anderen Staaten wird fast nur auf dem Wege des Transit durch Rußland zu bewirken sein. Gegen den Handel auf dem persischen Meerbusen haben die Perser wegen der letzten Invasion der Engländer jetzt eine Art Abneigung. Das persische Reich, eins der mächtigsten im Alterthum, wo man das Paradies suchen zu sollen glaubte, ist noch heute eine Großmacht Asiens und hat einen fast drei Mal größeren Umfang als das europäische Frankreich. Man giebt dem Reiche approximativ 26,500 Quadratmeilen. Es leben aber nur 13,500,000 Menschen in diesem ausgedehnten Raume. Der Staat ist in 11 Provinzen, die von Statthaltern regiert werden, eingetheilt. Die Ureinwohner (Tadschits) bilden die eine, die turkomanischen Stämme (Zats) die andere Hauptmasse der Bevölkerung; an sie schließen sich Araber, Armenter, Nestorianer, auch Feueranbeter und Zigeuner an.

[Die Intendanturen.] Wie der „Oberf. Z.“ von hier geschrieben wird, soll mit der neuen Organisation der Armee eine Neuabtheilung der Intendantur Hand in Hand gehen. Nach dem sehr praktischen Vorgange des französischen Heeres soll nämlich beabsichtigt werden, die ganze Selbstbewirthschaftung (mit Montirungsstücken und Löhnung den Bataillonen und Regimenten zu nehmen und dafür bei jeder Division ein Montirungsdepot einzuführen. Die Korpsintendanturen sollen dabei nach wie vor bestehen bleiben. Es würde durch die beabsichtigte Maßregel die Möglichkeit gewährt werden, mit derselben Anzahl von Intendanturbeamten den durch die Armeevermehrung bedeutend gesteigerten Bedürfnissen zu genügen. An die Stelle der bisherigen Zahlmeister sollen gleichzeitig Rentanten und Kontrolleure treten, und es sind bereits die Truppentheile aufgefördert worden, alle sich zu Posten dieser Art qualifizirenden älteren Unteroffiziere höhern Ranks namhaft zu machen. Neben dem bereits angedeuteten Vortheile hat das obige Projekt auch noch den Vorzug, daß dadurch die Truppentheile ungleich selbständiger und mobiler werden, da die jetzigen Intendantureinrichtungen nicht selten ihrer freien Bewegung hinderlich gewesen sein sollen.

Breslau, 23. Jan. [Modifikation der Regulative.] In Folge des Erlasses des Ministers der geistlichen, Medizinal- und Unterrichts-Angelegenheiten hat die königliche Regierung hierelbst in einem Zirkular an die Superintendenten ihres Bezirks Modifikationen der bekannten Schulregulative angeordnet, wodurch ihren Begnern die zeitlichen Ausstellungen wenigstens in einem hohen Maße benommen wird. So ist angeordnet, daß das Gebiet der biblischen Geschichte nicht mehr als zum Memiroistoff gehörig anzusehen sei. Anlangend die Kirchenglieder genügt's künftig, wenn jeder aus der Schule scheidende Schüler deren 30 fest und vollständig inne hat; in keinem Falle soll die Zahl über 40 erhöht werden. Da die Zeit des Schulbesuchs für Volksschulen vom 6. bis zum vollendeten 14. Lebensjahre, also auf volle 8 Jahre festgestellt ist, so kommt, selbst wenn in den ersten Schuljahren nur zwei bis drei Lieder jährlich gelernt werden, auf die oberen Klassen in den letzten 5—6 Jahren der Schulzeit jährlich auch nur 5—6 Lieder an die Reihe, was selbst bei der fleißigsten Wiederholung der in früheren Jahren schon gelernten Lieder immer nur ein sehr mäßiges Pensum ist. Die bisher nicht normirt gewesene Zahl der biblischen Sprüche hat der Minister auf 180 festgesetzt, und spricht die Regierung die Hoffnung aus, daß bei einer sorgfältigen Auswahl der betreffenden Sprüche 180 derselben vollkommen ausreichend sein dürften, um den Kindern ihre evangelischen Ueberzeugungen begründet nachzuweisen. Endlich fest der Minister fest, daß in denjenigen Schulen, in welchen wöchentlich 30 Unterrichtsstunden eingesetzt werden können, von diesen 3 auf Vaterlands- und Naturkunde verwandt werden sollen, und macht die königliche Regierung darauf aufmerksam, daß es sich hierbei nicht um die bloße Einprägung von Namen und Zahlen, sondern um die lebensvolle Bekanntschaft mit den zu gehörig geordneten Bildern verknüpften Sachen handelt. (Br. 3.)

Oestreich. Wien, 22. Januar. [Tagesbericht.] Die Bevölkerung Wiens beziffert sich nach den letzten Ausweisen auf 473,957 Individuen und mit Hinzuziehung der außerhalb des Polizeirayons gelegenen Ortschaften auf 601,707 Personen. Wien nimmt somit hinsichtlich der Größe seiner Bevölkerung den vierten Rang unter den europäischen Großstädten ein. Es umfaßt mehr Bewohner als jedes der Kronländer Kärnten, Dalmatien und Bukowina, ungefähr ebensoviel als das Herzogthum Krain und Schlesien und nimmt den dritten Theil der Bevölkerung des ganzen Kronlandes Niederösterreich für sich in Anspruch. Wien (samt den Vorstädten innerhalb des Linienwall'es) bedeckt einen Flächenraum von 10,400 Joch, auf welchen sich 8793 Häuser vertheilen, worunter jedoch 300 Staats- und öffentlichen Zwecken gewidmet sind. — In der Pfarre Alsergrund wurden im Jahre 1859 im Ganzen 9102 Kinder getauft, davon entfallen bei 8000 Kinder auf Rechnung des Findelhauses. — Wie man aus Triest schreibt, ist die Erzherzogin Charlotte in Madeira zurückgeblieben, wo sie einige Zeit sich aufhalten wird, und der Erzherzog Ferdinand Max hat die weitere Reise nach den Inseln des grünen Vorgebirges allein unternommen, von wo er wahrscheinlich die Fahrt nach Brasilien bewerkstelligen wird. — Die Bibliothek des Erzhr. v. Heden soll nun für die höhere Handelslehreanstalt in Prag angekauft werden. Herren vom Adel und aus dem Handelsstande interessieren sich für diese Angelegenheit und es sind von Einzelnen bedeutende Summen (zu 1000 fl.) zur Subskription zugesagt worden. Für die Bibliothek wären 10,000 fl. sogleich und weitere 10,000 fl. in mehrjährigen Raten zu zahlen. Eines wird bei der Verhandlung ernstlich erwo-gen: diese Bibliothek für Statistik müßte, sollte sie ihren Werth behalten, fortgesetzt werden, und dazu würde ein nicht unbedeutlicher Jahresfond gehören. — Das Manufakturgeschäft in Ungarn ist jetzt

ein ganz eigenthümliches geworden. Sonst kurante Artikel sind flauer, aber alles, was zur Nationaltracht gehört, geht sehr stark, so Rock- und Hutforten, dreifarbigte Bänder, Seidenkravatten mit Goldfransen, Quasten, Tressen, runde Hüte mit Reibfedern u. s. w. Die Schaufenster der Pester Detailhandlungen prangen in Grün, Roth und Weiß. Wie in der Hauptstadt geht es im ganzen Lande. In Wien mangeln ungarische Schnüre und Bänder schon gänzlich. — Am 19. d. fand in Triest die Taufe der drei Kasernen statt, welche die Fregatte „Novara“ mitgebracht hatte. Taufpaten waren der Kontre-Admiral Baron Bourguignon, Einiensschiffskapitän Baron Willerstorf und der Admiralitäts-Adjutant des Erzherzogs Ferdinand Mar, Graf Hadik. — Der „S. B. S.“ schreibt man von hier: Dem Vernehmen nach sind in Folge der im Venetianischen sich kundgebenden Anzeichen der Revolution zahlreiche Truppenbewegungen aus dem Innern der Monarchie dahin beordert, und wir können als ein anderes nicht unbemerkenswerthes Symptom des plötzlich hier eingetretenen Umschlages der Stimmung in unseren hohen Sphären die allenthalben im telegraphischen Wege angeordnete Sistirung des Verkaufes der militärischen Dienstpferde an die Privatleute in den Kronländern bezeichnen. — Der Kaiser hat den Bürgermeister der Haupt- und Residenzstadt Wien, Dr. Ritter v. Seidler, in Anerkennung seiner auch anlässlich der letzten Kriegseignisse in hervorragender Weise betätigten Hingebung und des aufopfernden Eifers im öffentlichen Dienste, in den Freiherrenstand des österreichischen Kaiserstaates mit Nachsicht der Taxen, und den Kompositionen Franz Eszty, als Ritter des Ordens der eisernen Krone dritter Klasse, den Statuten dieses Ordens gemäß, in den Ritterstand des österreichischen Kaiserstaates erhoben. — Die Zivilbevölkerung Desterreichs beträgt dem „Wanderer“ zufolge, ohne die durch den Züricher Frieden an Venedig gekommenen Gebietstheile von Mantua, 34,286,742 Seelen.

[Verminderung der Hochschulen.] Aus Graz wird der „Presse“ vom 17. d. M. über die Universitätsfrage geschrieben: Vorgefunden überreichte eine Deputation der Karls-Französischen Universität, geführt von dem Rector magnificus Prof. Nobilich, dem Herrn Statthalter Grafen Strassoldo ein Promemoria, worin alle Gründe aufgezählt sind, welche gegen eine etwa beabsichtigte Aufhebung der genannten Universität sprechen. Der Statthalter nahm die Deputation freundlich auf und ertheilte die Versicherung, „Alles aufbieten zu wollen, um die Universität der Hauptstadt und dem Lande zu erhalten.“ Gleichwohl läuscht man sich hier darüber nicht, daß möglicherweise der Einfluß des Landeshefhs in dieser Frage wichtigeren Rücksichten unterliegen und die drohende Gefahr sich verwickeln könnte. Im Interesse aber nicht nur der Stadt, welche durch die Aufhebung der Universität einen schweren materiellen Verlust erleiden würde, sondern auch zu Gunsten des ganzen Kronlandes, dessen Jugend die weitere Entfernung der Hochschule büßen müßte, und zum Vortheile der Wissenschaft, welche eine wirkungreiche Stätte verlieren würde, verdienen wohl alle Bedenken reiflich erwogen zu werden, bevor man zur Ausführung des Planes schreitet. Wie wichtig auch die finanziellen Rücksichten sein mögen, welche einer Verminderung unserer Hochschulen das Wort reden, so darf doch diese Angelegenheit nicht bloß vom Standpunkte des Budgets beurtheilt werden. Man ist einig darüber, daß das Schulwesen in Desterreich noch einer großen Pflege und Fortentwicklung bedarf. Soll diese Sorge für die Bildung der Nation damit beginnen, daß eine Lehranstalt aufgehoben wird, deren Gründung in die Zeit des ersten Rudolph von Habsburg hinaufreicht?

[Die Reform der Provinzialverfassungen.] Man schreibt der „S. B. S.“ aus Voralberg: Wie man bei der Regelung der Provinzialverfassungen vorgehen wird, zeigt sich bereits deutlich in Tirol. Das Verfahren, welches bei der zur Berathung dieser Angelegenheit einberufenen Vertrauens-Kommission beobachtet wurde, läßt hierüber nicht die geringsten Zweifel erheben und bietet zugleich den gehörigen Maßstab für die Erwartungen, welche man daran knüpfen kann. Die Vorlagen, welche dieser zum größten Theile aus Edelknechten und Geistlichen zusammengesetzten Kommission vorgelegt wurden, reihen sich zwar an die alte tirolische Verfassung an, karikiren sie aber im Interesse des Adels und des Klerus in einer wahrhaft entsetzlichen Weise. Die alte tirolische Verfassung von Tirol (Voralberg besitzt seine besonderen, rein demokratischen Institutionen) hatte zwar ihre gewöhnliche Gliederung in die vier Stände; der blutarme Adel aber, dessen Besitzthum größtentheils nur in dem pergamentenen Reibillitungsbriefe bestand, spielte eine verhältnismäßig sehr untergeordnete Rolle, und ebenso wenig einflußreich waren in letzter Instanz das halbe Duzend Prälaten. Die eigentliche Macht des Landtags konzentrierte sich auf der Bauernbank, wie dies auch in einem Lande natürlich ist, in dem seit 300 Jahren auch nur die Bauern Geschichte gemacht und nicht bloß auf die Geschichte des Landes, sondern auch auf jene von ganz Desterreich gewaltig eingewirkt haben, wie besonders in den Jahren 1703, 1795 und 1809. In letzter Instanz entschied in Tirol stets der sogenannte offene Landtag, eine Art Masfenversammlung, an welcher der ganze Landadel und 4—5000 Bauern theilnahmen, wobei die letzteren als unbedingte Majorität den Ausschlag gaben. In neuester Zeit hat sich dieses alte Bauernland noch mehr demokratisirt und sein Proletariat in den untersten Stellen des Staatsdienstes den letzten Rest einer ohnehin schon gebrochenen Unabhängigkeit vollends verloren; kaum daß sich unter diesen noch an drei Duzend wohlhabende Grundbesitzer, nämlich Besitzer von größeren Meierhöfen, befinden mögen; der Bürgerstand hingegen ist durch Handel und Industrie bedeutend erstarkt. Zudem erhielt Tirol an Voralberg einen durch die Zahl, den industriellen Unternehmungsgestir und Wohlstand seiner Einwohner beachtenswerthen Gebietszuwachs, der auch geeignet war, den ohnehin demokratischen Charakter des Landes noch zu erhöhen. Voralberg hatte auch niemals den Klerus und Ritterstand in seinen Ständeverfassungen vertreten und die Geistlichkeit war vermöge eines Grundgesetzes von jeder aktiven Betheiligung des Staatsbürgerrechts ausgeschlossen; Adel aber fand sich keiner im Lande, und Voralberg besitzt auch gegenwärtig nur drei eingeborene Adelsfamilien, deren Oberhaupt ein Staatsbeamter, ein Tabaksträmer und ein Dorfsherr ist. Obwohl nun der früher rein demokratische Voralberg mehr als den vierten Theil des Landes ausmacht, und obgleich der Klerus und der Adel in den letzten Jahrzehnten ungemein an Bedeutung verloren haben, wurde doch in der oben erwähnten Vorlage für die Landesvertretung dem Adel und Klerus die „Hälfte“ der sämtlichen Stimmen vorbehalten; die Universität aber blieb ausgeschlossen, obwohl ihr früher ein votum zustand. Die Verballhornung der alten Traditionen im einseitigsten Interesse der Geistlichkeit und eines von der Bureaucratie abhängigen Dienstadels, der nicht im Grundbesitz ruht und daher auch nicht den geringsten Einfluß im Lande übt, nennt man nun im sogenannten Neudesterreich, Fortbau des Staats auf geschichtlichen Grundlagen.“ Dieses Verfahren, das deutlich auf die unveränderte Aufrechterhaltung eines Systems hindeutet, das man auf diesem Wege vielmehr in nur theilweise modifizirten Formen zu reaktivieren vermöcht ist, und auch in dieser Hinsicht keine Lebenskraft mehr besitzt, hat große Mißbilligung und allgemeine Unzufriedenheit hervorgerufen. Denn ungeachtet des verderblichen Einflusses des Feudalismus, weicht doch bereits auch in Tirol unverkennbar ein anderer Geist. Wer hieran zweifeln möchte, komme und höre in den Thälern und auf den Bergen die vernünftige Stimme des ganzen Landes.

Pesth, 16. Jan. [Freiwillige Beiträge für die ungarische Akademie; Theaterzensur.] Bei Gelegenheit der letzten Jahresversammlung der ungarischen Akademie wurde allgemein das Bedauern darüber ausgesprochen, daß die erste wis-

senchaftliche Anstalt des Landes kein eigenes Gebäude für ihre Sitzungen und zum Aufstellen ihrer reichen Bücher- und anderer Sammlungen besitze. Die in Folge dessen angeregte Idee, auf dem Wege der freiwilligen Unterzeichnungen die Mittel zur Beschaffung eines Akademiegebäudes aufzubringen, hat den allgemeinen Anklang gefunden, und die Gaben strömen bereits von allen Seiten herbei. Hervorhebenswerth ist, daß nicht nur öffentliche Anstalten, wie z. B. das Pester Kasino (6000 Gulden) oder die Sparkasse (2000 Gulden), sondern auch die katholische Geistlichkeit und slavische Drtschaften, wie Szaba z. B., mit bedeutenden Beiträgen zu diesem Zwecke steuern. Diese allgemeine Opferwilligkeit, um so beachtenswerther bei der allgemeinen finanziellen Bedrängniß des Landes, hat sich übrigens auch Betreffs der Marmorbüste gezeigt, welche dem unsterblichen Kaczyny im Museumsgebäude errichtet werden soll; die Kosten dieser Büste sind durch die eingelaufenen Beiträge bereits gedeckt. — Die Provinztheater hatten bisher in Ungarn eine gewisse Freiheit der Zensur gegenüber genossen, und fanden dort außerdem manche junge Schriftsteller Gelegenheit, mit ihren neuen Werken gewissermaßen Probevorstellungen vornehmen zu lassen, ehe sie dieselben dem strengeren Publikum des hiesigen Nationaltheaters vorführten. Ein neuer Regierungserlass verbietet in den Provinzen die Aufführung irgend eines Stückes, das nicht bereits mit Allerhöchster Zensurbewilligung in Pesth zur Aufführung gekommen; es soll nun einmal im Lande nichts ohne höhere „Autorisation“ sich regen dürfen. (R. 3.)

Venedig, 14. Jan. [Unterstützung brotloser Arbeiter.] Durch das Schließen beinahe sämtlicher hiesiger Theater sind mehrere Hunderte armer Künstler und Gewerbeleute, in ihrem Erwerbe beeinträchtigt, dem Glende Preis gegeben worden. In ihrer Noth wandten sich dieselben an die hiesige Statthalterei, welche der Kommune die eindringlichsten Vorstellungen machte und sie aufforderte, daß diese ihre darbedenden Landsleute nicht vollständig dem Glende verfallen, und deshalb ihnen entweder aus dem Subsidialfonds der Fenece unter die Arme zu greifen oder andere Maßregeln zur Steuierung der Noth zu treffen. In Folge dessen hat sich ein Unterstützungskomitee gebildet, an dessen Spitze der die Kommunalgeschäfte leitende älteste Assessor Gaspari, der Präsident der Handelskammer Mondolfo, und der Vorstand der Verwaltung des Fenece-Theaters Tornelli stehen, welche von Haus zu Haus gehen werden, um die freiwilligen wohlthätigen Beiträge einzusammeln. (R. 3.)

Verona, 16. Jan. [Die Stimmung.] Wie es in Verona steht, obgleich es auch von österreichischen Bayonetten starrt, läßt folgende Notiz, welche die „Independance Belge“ bringt, errathen: „Gestern war das Theater wegen des Benefizes des ersten Komikers voll, aber die Zuschauermasse war bloß aus Wohlwollen erschienen und entschlossen, sobald der Vorhang aufgezoogen werde, sich zurückzuziehen. Vor den Ausgängen aus dem Theater waren Truppen aufgestellt, welche den Abzug des Publikums nicht gestatten wollten. Die Volksmasse durchbrach die Reihen der Soldaten unter dem Rufe: „Es lebe Italien! Es lebe Victor Emanuel!“

Bayern, Würzburg, 21. Jan. [Studentenversammlung.] Am 14. d. fand eine allgemeine Versammlung sämtlicher keimer Landsmannschaft angehöriger Studenten im anatomischen Hörsaal statt. Es wurde vorgeschlagen, eine Verbindung aller Studirenden zu gründen, die sich wiederum nach Fakultäten verzweige, und auch äußerlich durch Farben, ebenfalls nach den Fakultäten verschieden, darstelle. Ein gemeinschaftlicher Fechtboden, Turnplatz, ein akademisches Ehrengericht und eine gemeinschaftliche Kneipe solle eingerichtet und die Trennung in Oblisuranten, Korps und Burschenschaften, gänzlich beseitigt werden. Nach mancherlei Debatten pro und contra wurde ein allgemeiner Studentenausschuß gewählt, bestehend aus 3 Medizinern, 2 Juristen, 1 Theologen und 1 Philosophen. Dieser Ausschuß wird die Reformprojekte detaillirt ausarbeiten, das Gutachten des Senates, der sich bereits beifällig ausgesprochen hat, einholen und dann einer neuen allgemeinen Studentenversammlung zur weiteren Debatte vorlegen. (Südd. 3.)

Hannover, 21. Jan. [Regierungsmaximen.] Die Politik des „Grünen Buchs“ entwickelt sich immer weiter. Sie hat es jetzt schon beinahe dahin gebracht, daß die öffentliche Vergabung von Lieferungen für Staatsbauten ganz eingestellt wird. Ein Unterzeichner der hannoverschen Erklärung für Deutschland vom 19. Juli 1859 ist nämlich so hochhaft gewesen, eine Holzlieferung für die Eisenbahnverwaltung zu einem Preise anzubieten, dem kein Anderer nachkommen wollte. Dies hat in hohen Beamten des Fachs einen lebhaften Verdruß hervorgerufen, von diesem Angebot aus einem nicht in der Sache liegenden, ihnen gleichgültigen Grunde keinen Gebrauch machen zu können; und da sie ihre Stimmung durchblicken ließen, so sollen noch höhere Beamte, aber nicht aus dem Fache, aufgegeben haben, daß man fortan nur noch unter der Hand verdinge. Welchem Nachtheil die Generalkasse dadurch ausgesetzt wird, ist deutlich. (S. N.)

[Hannovers Stellung zur Küstenbefestigungsfrage; Militärisches.] Es scheint, daß die Initiative Preußens in der Küstenbefestigung unsere Regierung noch mehr in Harnisch gebracht hat, als die preussischen Vorschläge bezüglich der Bundeskriegsverfassung. Sie erkennt darin eine Bevormundung, die sich Hannover am so weniger gefallen lassen könne, als es eine maritime Bedeutung und eine selbständige maritime Aufgabe habe. „Die Lage Hannovers“, so lautet eine Stimme aus dem hiesigen Regierungslager, „am freien Meer, legt demselben gerade in allen maritimen Fragen unter den deutschen Staaten eine besonders bedeutungsvolle Stellung bei und macht es den an Territorialbestand größeren Mächten ebenbürtig. Darum aber kann es sich hier nicht zum Klienten Preußens hergeben und die Lebensinteressen seines Landes andern Händen anvertrauen.“ Wie bedeutungsvoll diese Stellung ist, das haben wir zur Genüge im Jahr 1852 gesehen, wo Hannover einen Blotzenkonflikt ohne Zuziehung Preußens berief und mit seinen Bestrebungen nach maritimer Führung glänzend glückte machte. Acht Jahre sind seitdem verlossen. Es bedarf des Schutzes mehr als je. Dennoch soll es sich nicht zum Klienten hergeben, sondern es soll in ein, seinen Interessen am meisten entsprechendes Verhältnis der Bundesgenossenschaft mit Preußen treten. Es weist diese Bundesgenossenschaft zurück und nimmt eine selbständige Aktion in Anspruch. Seine Präntensionen sind daher ebenso groß, als die Opfer gering sind, die es für gemeinsame, ja für die eigenen Interessen bringt. Denn wenn es eine selbständige maritime Stellung geltend machen will, so sollte man meinen, es sollte auch die dazu erforderlichen Mittel verwenden. Wenn es ungefähr 4 Millionen Thaler ansetzen und auf die Gründung der Anfänge einer Marine auswerfen und 400,000 Thlr. jährlich zur Erhaltung und Wehrung derselben ausgeben wollte, so würde ein solches Streben am Ende noch Anerkennung finden, selbst wenn es diese Summen den Ständen oktroyiren sollte, denn mit ihrer Genehmigung würde es sie sicherlich nicht erhalten. Nach seinem bisherigen Verhalten aber zu schließen, wird es kein anderes Resultat erreichen, als dasjenige vor acht Jahren, d. h. es wird sich lächerlich machen. Uebrigens kann der Widerstand, den Hannover diesmal den nationalen Intentionen Preußens entgegen-

setzt, eine sehr fruchtbare Seite haben. Die enorme Bedeutung, welche die Bevölkerung Hannovers auf die Bedeutung Deutschlands zur See legt, sollte Preußen veranlassen, mit den Mitteln zur Vermehrung seiner Marine nicht zu sparlam zu sein. Ganz abgesehen davon, daß Preußens Großmachtstellung ohne seine Seegeltung auf die Dauer einigermaßen zweifelhaft werden könnte, wäre gerade hier die Gelegenheit gegeben, moralische Eroberungen zu machen und zwar gerade in denjenigen deutschen Gauen, wo sie für Preußen am notwendigsten sind. Die schon öfter bezogenen Projekte, mindestens zehn Dampf-Fregatten herzustellen, sind noch immer Projekte geblieben; möge die preussische Landesvertretung dazu behüthlich sein, daß sie endlich in das Bereich der Wirklichkeit zu treten beginnen. — In dem den Ständen vorgelegten Entwurf über die Verpflichtung der Unterthanen zum Militärdienste ist die Bildung einer Strafkompagnie in Aussicht genommen, in welche diejenigen Militärpflichtigen verlegt werden sollen, welche durch die Art der verübten Verbrechen oder durch Rückfälligkeit eine große sittliche Verdorbenheit gezeigt haben. Durch den nämlichen Entwurf sind alle an öffentlichen Unterrichtsanstalten angestellten Lehrer, die Kandidaten der Theologie und endlich alle Hof- und Zivilbeamte, welche den Rang eines Offiziers haben, vom Militärdienste völlig befreit. (Sp. 3.)

[Beschwerdeschrift der Stadt Harburg.] Die von der Stadt Harburg an die allgemeinen Stände gerichtete Beschwerdeschrift übergiebt denselben zwei auf Befehl des Ministeriums des Innern erlassene Verfügungen, worin die von Magistrat und Bürgervorstehern bei den Ständen früher erbetene Befürwortung des v. Bennigsen'schen Manifestes zu Gunsten der preussischen Hegemonie als eine Ueberschreitung der den Gemeindebehörden zustehenden Befugnisse bezeichnet und jedem Magistratsmitgliede, wie jedem Bürgervorsteher der Stadt Harburg bei Vermeidung einer Ordnungsstrafe von 50 Thln. jede ähnliche anmaßliche Ueberschreitung seines Wirkungskreises verboten wird. Die neuere Beschwerde der Stadt Harburg ist nun zunächst, daß es sich für den Magistrat und das Bürgervorsteherkolleg, ja selbst für einzelne Mitglieder dieser Kollegien, um einen Beitritt zu der sogenannten v. Bennigsen'schen Aufforderung gar nicht handelt, weil keiner von ihnen, mit alleiniger Ausnahme des Bürgervorstehers Weusthoff, dieser Aufforderung beigetreten ist. Sodann beruft sich die Beschwerde auf den §. 76 des Verfassungsgesetzes von 1848, wonach den Gemeinden und Körperschaften das nicht auf bestimmte Gegenstände beschränkte Petitionsrecht verfassungsmäßig gewährleistet und somit das Ministerium des Innern zweifellos nicht berechtigt ist, dessen Ausübung durch Strafverfügungen zu hindern. Sie beruft sich ferner darauf, daß nie und nirgends, weder in Hannover, noch, so viel die Beschwerdeführer wissen, in einem andern Staate, je behauptet ist, daß die Gemeinden ein verfassungsmäßiges Petitionsrecht in Staatsangelegenheiten nicht ausüben dürfen, wie denn die Stadt Harburg, nach Ausweis der ständischen Akten, bisher unbeanstandet nicht wenige derartige Petitionen eingebracht habe. Davon ganz abgesehen, scheinen den Beschwerdeführern die Verfügungen des Ministers des Innern auch schon um deswillen verlegend, weil sie ihre Thätigkeit als Organe der Gemeinde auf eine durch kein Gesetz gerechtfertigte Weise beschränken. Als solche seien sie keiner besondern Gewalt des Ministers des Innern unterworfen, sondern nur an die Gesetze gebunden, und verfielen, wenn diese verletzt, der Strafgewalt der Gerichte und der sonstigen mit dieser betrauten Behörden. Endlich wird noch hervorgehoben, daß die ergangenen Verfügungen nicht einmal eine bestimmte einzelne Handlung, sondern eine noch dazu unbestimmte Handlungsweise für die Zukunft mit Strafe bedrohen, und wird mit der Bitte geschlossen, daß hohe allgemeine Ständeversammlung durch geeignete Mittel die Zurücknahme der beschwerenden Verfügungen erwirken wolle. (Pr. 3.)

Württemberg, Stuttgart, 22. Januar. [Zur Reform der Bundesverfassung.] Die Regierungen der Würzburger Konferenz haben bekanntlich auch einen Antrag wegen Feststellung gleichmäßiger Bestimmungen über Anknüpfung und Heimath und einen solchen wegen Errichtung eines Bundesgerichts in dem Sinne gestellt, der Bundestag möge diese beiden Angelegenheiten ohne Säumen auf eine befriedigende Weise lösen. Hieraus hat Moriz Mohl Veranlassung genommen, im hiesigen „Beobachter“ über beide Angelegenheiten seine Meinung zu äußern. In ersterer Beziehung spricht er seine Ueberzeugung dahin aus, daß dem Bundestage ein Gesetzgebungsrecht nicht zustehen und die Regierungen der deutschen Verfassungsstaaten ohne Zustimmung ihrer Landesvertretungen und der für Verfassungsbänderungen vorgeschriebenen Formen auch gar nicht befugt seien, einer Erweiterung der Bundesverfassung beizutreten, welche den Bundestag als zuständig für eine solche Gesetzgebung erklären würde.

Baden, Mannheim, 22. Jan. [Amalie Jung.] Am 18. d. um die Mittagstunde erfolgte der Tod von Amalie Jung, der Tochter Jung-Stilling's, welchem seiner Zeit ja auch der unvergessliche Karl Friedrich eine Zufluchtsstätte in dem schönen Baden gewährte. Die Verbliebene war die Erzieherin von Karl Friedrich's Urenkelinnen, den Töchtern des Großherzogs Karl, der verbliebenen Prinzessin Wafa, der noch lebenden Fürstin von Hohenzollern-Sigmaringen und der Herzogin Marie von Hamilton. (Karlsru. 3.)

Nassau, Kronberg, 21. Jan. [Geistliche Uebergriffe.] Am 15. d. herrschte in unserm sonst so friedlichen Städtchen eine bedeutende Aufregung; hervorgerufen wurde dieselbe durch eine Grabrede des evangelischen Dekans F. Derselbe beschuldigte darin die einzige Tochter eines verunglückten Vaters am Sarge des letztern eines leichtfertigen Lebenswandels und der Vernachlässigung. Das sonst allgemein als brav anerkannte Mädchen wurde dadurch so erschüttert, daß es halb todt in die Arme der Umstehenden sank und vom Friedhofe weggetragen werden mußte. Ein allgemeines Wehklagen von Seiten der anwesenden Frauen unterbrach die Rede des Geistlichen, und die Entrüstung machte sich dadurch geltend, daß sämtliche Anwesende bis auf Wenige den Friedhof noch vor dem Schluß der Beerdigung verließen. Dies geschah nicht gerade in der ruhigsten Weise, und dem geistlichen Sinne der hiesigen Bewohner allein ist es zuzuschreiben, daß die Demonstration nicht einen bedenklichen Charakter annahm. (M. 3.)

Sächs. Herzogth. Weimar, 22. Jan. [Geschenk für die Schillerstiftung.] Der Großherzog von Sachsen-Weimar hat der deutschen Schillerstiftung als Beisteuer zu ihren Verwaltungskosten einen jährlichen Beitrag von 250 Thln. aus seiner Privatfasse mit der Bestimmung verwilligt, daß der etwaige Ueberschuß jedesmal in die Kasse der Weimarschen Schillerstiftung fließe. Außerdem ist der Großherzog genehmigt, daß der Stadt Weimar gehörige Schillerhaus der deutschen Schillerstiftung zur miethfreien Benutzung zu geben. Der obere Stock soll nach seinem Willen zum Sitzungssaal des Verwaltungsrathes der deutschen

Schillerstiftung, zur Aufbewahrung des Archivs u. s. w., so weit er nicht von Reliquien Schillers in Anspruch genommen ist, benutzt werden, der mittlere Stock soll einem Pensionär der deutschen Schillerstiftung zur Wohnung überlassen werden, und im untern Stock endlich soll der wegen der vielen fremden Besucher nothwendige Portier wohnen. (Schw. M.)

Großbritannien und Irland.

London, 21. Jan. [Tagesbericht.] Aus Southampton telegraphirt man: Harrison, der Kapitän des „Great Eastern“, ging mit Dr. Watson, Kapitän Lay, dessen Sohn und 6 Matrosen in einem offenen Boot nach Southampton. Es blies sehr heftig von Südwest. Beim Einlaufen in den Dock kenterte das Boot. Vom Dampfer „Indus“ kamen zwei Röhre den Verunglückten zu Hilfe und fischten Kapitän Harrison nebst 7 Anderen aus dem Wasser. Der Sohn des Kapitän Lay ertrank und Kapitän Harrison selbst konnte (wie schon telegr. gemeldet) nicht mehr zum Leben erweckt werden. Das Unglück begab sich heute Vormittags. — In Manchester war gestern wieder unter dem Voritze von George Wilson ein großes Reformmeeting. Es hatten sich an 1000 Personen betheiliget und Mr. Bright war Hauptredner. — In dem Stadthause von Liverpool fand gestern Abend das seit längerer Zeit angekündigte Banket der Konservativen statt. Hauptpersonen waren Lord Derby und sein Sohn Lord Stanley. Ersterer sprach in einer langen Rede über die politische Weltlage im Allgemeinen. Er drückte die Hoffnung aus, in der bevorstehenden Session eine Reformbill vollendet zu sehen. Es sei zu wünschen, daß diese Frage endlich zum Abschluß gelange, und das gegenwärtige Kabinet werde seiner faktischen Opposition begegnen, wosfern es eine wesentliche Reformmaßregel einbringt. Die Rede Lord Derbys und die darauf folgende seines Sohnes, der sich sehr warm für zeitgemäßen Fortschritt und Toleranz aussprach, wurden mit großem Beifall aufgenommen. — Generalmajor H. C. Robinson, ein verdienter Veteran, der seit 1806 diente, die Feldzüge in Spanien und Portugal unter dem Herzog von Wellington mitgemacht hatte und seit 1843 pensionirt worden war, ist im Alter von 76 Jahren gestorben.

— [Wahlbestechung; die „Arkona“.] Wie wir aus einem in der „Times“, an Lord Brougham gerichteten Briefe Sir Fitzroy Kelly's ersehen, hat Legation die Absicht, in der nächsten Session wiederum einen Gesetzentwurf zur Verhinderung der Wahlbestechung einzubringen. Im Wesentlichen ist derselbe die Wiederholung eines früheren Entwurfs vom Jahre 1854. Der Vorschlag läuft der Hauptsache nach darauf hinaus, daß ein öffentlicher Beamter, ein Wahlplaudier, ernannt werden soll, durch dessen Hände alle zur Bestreitung der Wahlkosten erforderlichen Gelder gehen müssen. — Die preussische Schraubenfregatte „Arkona“, von 26 Kanonen, soll heute von Spithead nach Southampton abgehen, da sie in Portsmouth wegen Ueberfüllung der Dock's keinen Platz zu den nothwendigen Ausbesserungen finden kann. Kommodore Sundewall nebst den anderen Offizieren des preussischen Geschwaders und den vornehmsten Einwohnern von Portsmouth waren vorgestern auf einem Balle, den der preussische Vizekonsul Van den Bergh zu Ehren des nach Japan bestimmten Geschwaders gab.

Frankreich.

Paris, 20. Jan. [Diplomatische Verhandlungen.] Die diplomatischen Beziehungen zwischen Frankreich und Oestreich sind jetzt von der eigenthümlichsten Art. Eine ganze Reihe offizieller und offiziöser Zusicherungen, Erklärungen und Bewichtigungen ist im Laufe der letzten Wochen von hier nach Wien abgegangen, so daß die östreichische Regierung bis zu diesem Augenblicke zwischen Hoffnung und Mißtrauen schwankt. In gewissen östreichischen Kreisen geht man auf Grund dieser allerdings nicht bloß mündlichen Erklärungen soweit, die ganze politische Mission Lord Cowley's, wie sie in jüngster Zeit von den Zeitungen der ganzen Welt dargestellt und kommentirt worden ist, vollständig abzuleugnen! Lord Cowley will man glauben machen, sei beauftragt gewesen, in London das gerade Gegentheil von dem Programm der Annexion zu versichern, nämlich das treue Festhalten des Kaisers an den Stipulationen von Zürich. An die Einverleibung Savoyens in Frankreich denke der Kaiser gar nicht. Die Folge von alledem sei, daß wir nächstens den Kongreß bekommen und daß die Welt über die wahren Absichten des Kaisers Napoleon bald enttäuscht werden würde. Aber der Brief an den Papst? Aber der Handelsvertrag mit England? Kleinigkeiten das! Dem Papst wolle der Kaiser allerdings die Legationen entreißen; doch was geht das Oestreich an? Herr v. Buol habe die Schwäche gehabt, den östreichischen Einfluß überall geltend machen zu wollen. Davon sei Oestreich ganz zurückgekommen. Wenn der Papst die Legationen abtreten wolle, so werde Oestreich ihn nicht daran verhindern. Er muß zu dem Allen bemerken, daß dies ganz die Politik des Geschlagens ist. Nach dem Krimkrieg hat Rußland dieselbe Schmolle-Campagne gemacht und Prinz Gortschakoff im diplomatischen Trauer-Schlarfrack sagte und ließ sagen: „La Russie se recueille.“ Dasselbe thut jetzt Oestreich, und wenn es schicklich wäre, auf so großartige und so traurige Verhältnisse Anekdoten anzuwenden, so würde ich die von dem Halberfrosenen anzuführen, der für sein Unglück die leidigsten Trostgründe zusammensucht. Allerdings, wenn die Legationen zu Toscana kämen und der Großherzog aus dem Exil in ein vergrößertes Reich zurückkehrte, so würde Oestreich diese Trennung leichter ertragen können. Aber wird dies die Lösung sein? Oestreich, so hat man geschrieben und gedruckt, hat auf eine Anfrage Englands geantwortet, wenn der Kaiser seine Engagements bricht, so könne es nichts dagegen thun, sondern nur protestiren. Wahr oder nicht, das Sachverhältniß selbst ist richtig bezeichnet und dies wirft auf die Verwaltung Oestreichs ein grelles Licht. Also zwei Monate Krieg haben denjenigen Staat, der wegen der Ausbildung seines als musterhaft dargestellten Heeres alle anderen Zweige des Staatslebens vernachlässigte, in die Unmöglichkeit versetzt, den letzten Schatten seines alten Einflusses in Italien zu vertheidigen! — Man hat hier nachträglich erfahren, daß König Leopold von Belgien zu Neujahr dem diplomatischen Korps gegenüber sich überaus besorgt gezeigt hat und diese Eindrücke mit den bereits im Laufe des Jahres von diesem vorsichtigen Monarchen erhaltenen, zusammengebracht. Zu den Gerüchten der Abberufung des Herzogs v. Montebello von Petersburg hat der Umstand beigetragen, daß die Gemahlin dieses Botschafters trischen Ursprungs und eine fromme Katholikin ist. Sie soll in

dem Herzoge Gewissensbisse nachgerufen haben, unter den jetzigen Umständen die Politik des Kaisers bei einer schismatischen Macht zu vertreten. (N. Z.)

— [Die Beziehungen zu Rom.] Von Rom aus sind zwei Thatsachen von bedeutender Tragweite hierher gedrungen. Der Nuntius hat Auftrag erhalten, bei der französischen Regierung den Rückzug der Truppen aus Rom zu beantragen. Der Papst hat, wie man Anfangs glaubte, hierbei keineswegs die Absicht, Märtyrer zu werden, sondern hofft, mit dem ihm zu Gebote stehenden Militär Herr in Rom zu bleiben. Die Antwort des Papstes auf das kaiserliche Schreiben vom 20. v. M. ist, wie versichert wird, vorgestern hier eingetroffen und enthält eine entschiedene Ablehnung des Rathes, auf die Legationen zu verzichten. Die römische Diplomatie behauptet, daß der Papst ein schriftliches Engagement vom Herzog v. Grammont habe, das ihm die Integrität seiner Staaten zusichert. Die zweite wichtige Thatsache besteht darin, daß die bisher dem Staatssekretär Antonelli feindlichen Kardinalen in Folge des kaiserlichen Schreibens zu ihm gegangen sind und erklärt haben, jede Spaltung müsse jetzt aufhören und der Kardinal könne nunmehr auf ihren vollen Bestand rechnen. Die Abberufung des Herzogs v. Grammont aus Rom ist somit wahrscheinlich und als seinen Nachfolger bezeichnet man den Prinzen von Latour d'Auvergne, den neu ernannten Gesandten am königlich preussischen Hofe. (N. Z.)

— [Die Unterhandlungen mit England; der Kongreß.] Das Reutersche Telegraphenbureau veröffentlicht wieder als „Auszug eines Pariser Briefes“ folgende Neuigkeiten: Der Kaiser der Franzosen, beseelt von dem Wunsche England gegenüber mit der größten Loyalität zu handeln, hatte Lord Cowley ersucht, dem englischen Kabinete zu erklären, daß, wenn er auch ein herzliches Einverständnis mit England auf Basis der Nichtintervention herbeizuführen wünsche, das Eine doch berücksichtigt bleiben müsse, daß Frankreich sich durch das Engagement von Villafranca und durch die Züricher Verträge für gebunden halte. Diese Reserve wurde während der letzten zwischen England und Frankreich gepflogenen Unterhandlungen aufrecht erhalten. Somit ist das Zusammenkommen des Kongresses, dessen Programm auf den Züricher Verträgen fußt, noch immer möglich. — Das Tuilerienkabinet hat die den Kongreß betreffenden Unterhandlungen wieder formell aufgenommen und die nordischen Höfe von diesem Wunsche Napoleons III. bereits in Kenntniß gesetzt.

— [Maßregeln gegen die klerikale Agitation.] Der Gard-Präfekt hat am 16. Jan. folgendes Rundschreiben an die Maires seines Departements gerichtet: „Herr Maire! Man kolportirt seit einigen Tagen in gewissen Gegenden des Departements eine Adresse an den Papst, deren Ursprung nicht erklärt ist und für welche man unter der Farbe eines religiösen Interesses Unterschriften sammelt. Indessen hat die Regierung, indem sie dem „Univers“ ein Avertissement für seine Adresse an den Papst erteilte, gezeigt, daß sie nicht dulden würde, daß man unter einem religiösen Vorwande eine politische Manifestation organisire. Der Bischof von Nimes seinerseits hat den Priestern seines Sprengels Instruktionen erteilt, wonach sie sich jeder Betheiligung an der Adresse enthalten sollen. Die Agitation, woraus ich hinweise, ist also rein politisch. Ich habe die Ehre, Herr Maire, diese Thatsachen zu ihrer Kenntniß zu bringen, damit, wenn solche Umtriebe in Ihrer Gemeinde versucht würden, Sie im Stande seien, die Einwohnerschaft über deren wahre Tragweite und den Zweck ihrer Anstifter aufzuklären. Ich empfehle Ihnen übrigens, mir sofort die Urheber dieser unerlaubten Kolportage anzuzeigen.“

Paris, 21. Jan. [Tagesbericht.] Der „Moniteur“ enthält heute, wie bereits telegraphisch erwähnt, einen Bericht der Ressortminister an den Kaiser über die landwirthschaftlichen Verbesserungen, welche der Kaiser in seinem Programm vorgezeichnet hat. Es ist darin speziell von der Trockenlegung der Sümpfe und Moore die Rede und schließlich der Antrag gestellt, ein darauf bezügliches neues Gesetz zu erlassen, welches auf dem Prinzip des wohlbehalten Gesetzes vom 19. Juni 1857 beruhe. Es handelt sich um die Trockenlegung von 2,790,000 Hektaren (1 Hektare = 3/10 Morgen), die entweder von den Gemeinden selbst, oder, wenn diese nicht wollen, vom Staate bewirkt werden soll. Letzterer würde dann 10 Millionen dafür aufwenden und von den Gemeinden die Hälfte der für den Ackerbau neugewonnenen Strecken abgetreten erhalten. Die Gemeinden Frankreichs besitzen überhaupt ein Areal von circa 4,720,000 Hektaren im Werth von 1620 Millionen. Davon sind 1,690,090 Hektaren mit Holz bestanden und nur 240,000 Hektaren kultivirt. Der Rest von 2,790,000 Hektaren soll nun eben auch der Kultur gewonnen, indessen die Arbeit nur da ins Werk gesetzt werden, wo sie wirtschaftlich nutzbringend sein wird. — Das „Pays“ stimmt dem „Morning Herald“ ganz entschieden darin bei, daß die neuen kommerziellen Maßregeln nichts mit der Politik zu schaffen haben und daß die Handlungsweise der englischen und der französischen Regierung von jeder Solidarität mit der industriellen Bewegung durchaus frei sei. Ein stichbarer Beweis für die Richtigkeit dieser Behauptung sei der Umstand, daß alle im Briefe des Kaisers angeordneten Projekte schon im vorigen Monat Oktober diskutiert und beschlossen worden seien. — Der Schugzöllner Burat hat die Redaktion des „Constitutionnel“ verlassen und wird durch Joseph Garnier ersetzt werden. — Der Direktor der hiesigen Wohlthätigkeitsanstalten, Hr. Davenne, ist in Folge eines Konfliktes mit der Seine-Präfektur von seinem Posten zurückgetreten. Der Präfekt hatte den Plan, die Verwaltung des Hospitien-Fonds, der sich auf 15 — 16 Millionen jährlicher Einkünfte beläuft, in nähere Beziehungen zu dem städtischen Budget zu bringen; Hr. Davenne weigerte sich entschieden, auf eine derartige Fusion einzugehen. Dies giebt man als Grund seines Rücktrittes an. — Die alte Streitigkeit mit Brasilien wegen Feststellung der Grenzlinie des französischen Guyana hat wieder zur Absendung einer neuen Note Veranlassung gegeben. Die Frage schwebt schon beinahe hundert Jahre. — Herr v. Sauffoy, der Gouverneur von Neu-Caledonien, der drei Engländer standrechtlich erschießen ließ, ist jetzt offiziell von seinem Posten abberufen. Er befindet sich bereits seit einiger Zeit in Frankreich.

— [Die Annexion Savoyens.] Das „Pays“ enthält folgende Mittheilung: „Einer telegraphischen Nachricht aus Antibes vom 19. Januar zufolge, soll der Gouverneur von Nizza dem Journal „L'Avenir“ verboten haben, in Zukunft die Annexion Nizza's an Frankreich zu besprechen und die Artikel der fremden Journale über diese Frage nachzudrucken. Diese Nachricht mag wahr sein; indessen will es uns bedünken, daß der Herr Gouverneur von Nizza bei dieser Gelegenheit Vieles auf sich nahm. Es scheint uns schwierig, daß die piemontesische Regierung in Annexionsangelegenheiten zwei verschiedene Politiken verfolgen sollte; und wenn man der Ansicht ist, daß die Bevölkerung jenseit der Alpen konsultirt werden sollen, so scheint es uns doch natürlich, daß sie dieselben der Alpen wenigstens angehört werden. Das Prinzip der Nationalitäten kann nicht zu jenen Dingen gehören, von denen Pascal sagte: Verité au dela d'une montagne, erreur au decà. Diese Note ist für das halboffizielle Journal bezeichnet. Der sardinische Regierung scheint es aber mit ihrem energischen Vorgehen Ernst zu sein, denn der Redakteur en chef des „Avenir“ erhielt den Befehl, Nizza und das sardinische Territorium binnen drei Tagen zu verlassen. Derselbe ist ein Franzose, Namens Mazon. Cavour soll gegen die Annexion Savoyens an Frankreich sein.

Paris, 22. Jan. [Telegr.] Der Senat und der gesetzgebende Körper sind auf den 23. Februar einberufen. — Ein kaiserliches Dekret modifizirt die Zahl der Thierärzte im Heere und erhöht deren Gehalt.

Niederlande.

Haag, 21. Januar. [Die Expedition gegen Boni Telegraph.] Aus Batavia ist ein vom Generalgouverneur ausgefertigtes, vom 23. v. M. datirtes Telegramm über Aden hier eingegangen; es lautet: „Boni ist bezwungen; die Expedition gelang vollständig und wird als beendet angesehen. Der Kampf war heiß, die Verluste unbedeutend. — Ruhe in Indien. — Das zwischen Muntok und Palembang eingeleitete Telegraphentablet ist in Thätigkeit und entspricht den Anforderungen.“ (N. Z.)

Belgien.

Brüssel, 21. Jan. [Die Antwerpener Festungsbauten.] Die Betheiligung des Publikums an dem zur Vollenbung der Antwerpener Festungsbauten ausgeschriebenen Nationalanlehen übersteigt alle Erwartungen. Bekanntlich ist ein Drittel der 45 Millionen verschiedenen Kreditanstalten (der belgischen und der Nationalbank, der Societe generale und dem Hause Rothschild) vorbehalten, so daß also anderen Unternehmern nur 30 Millionen übrig bleiben. Bis jetzt sind nun für Brüssel allein bereits 296 und für Antwerpen 120 Millionen gezeichnet worden, und darf man mit Bestimmtheit voraussagen, daß die Gesamtsubskription eine halbe Milliarde weit übersteigen werde. Die Unterzeichner werden daher kaum den fünfzehnten Theil der verlangten Summen erhalten. Auch die Betheiligung des auswärtigen Kapitals durch Vermittlung hiesiger Bankhäuser ist eine höchst bedeutende zu nennen und giebt einen erfreulichen Beweis von dem blühenden Zustande des belgischen Staatskredits. (N. Z.)

Schweiz.

Bern, 18. Jan. [Die Dappenthal-Angelegenheit; Tunnel.] In der heutigen Sitzung des Nationalraths stand die Dappenthal-Angelegenheit auf der Tagesordnung (S. Nr. 16). Der Berichterstatter der Kommission, Dr. Escher, giebt einen Ueberblick über die historische Entwicklung der Rechtsverhältnisse des Dappenthals, aus welchem sich die Gerechtigkeit des Anspruchs der Schweiz auf das Dappenthal mit Evidenz ergibt. Die bisherigen Versuche einer Lösung des für die Thalbewohner, wie für ihre Nachbarn, höchst unangenehmen status quo seien bekanntlich bisher vergeblich gewesen. Maßgebende Beschlüsse seien jetzt aber auch nicht zu provoziren, da die politischen Konjunktoren nicht einladend seien, die Lage sich überhaupt nothwendig abklären müsse. Die Kommission beantrage daher keine bestimmten Instruktionen für den Bundesrath, dem man die weiteren Verhandlungen anheimstelle. Nur vor einem Abkommniß gegen Geldentschädigung warne die Kommission; dagegen habe die Botschaft in ihr den Eindruck hervorgebracht, daß auf die militärische Bedeutung des Dappenthals nicht so viel Gewicht gelegt zu werden brauche. Der Antrag lautet: Der Nationalrath wolle beschließen: Es sei von dem Berichte des Bundesraths Notiz im Protokolle zu nehmen. Dagegen theilt die Kommission die Ansicht des Bundesraths nicht, daß über ein allfälliges Abkommniß noch eine Verständigung mit allen übrigen Mächten zu erzielen sei. Nach längerer Debatte wurde dieser Antrag mit 52 gegen 42 Stimmen angenommen. — Ein Bulletin des „National“ von Chaur de Fonds meldet, daß der große Tunnel „des Loges“ auf der Linie Chaur de Fonds-Neuchatel am 15. d. M., Abends 6 Uhr, durchgebrochen wurde.

Italien.

Turin, 18. Jan. [Kleine Notizen.] Die Regierung bringt neuerdings Domänen im Werthe von 3,400,000 Fr. zum Verkaufe. — Ein höherer geistlicher Würdenträger ist mit Ergebnissadressen der Turiner und Mailänder Katholiken nach Rom gereist. — Heute ist die letzte Strecke der Eisenbahn von der Trebbia nach Piacenza eröffnet worden. — Die „Opinione“ meldet, die Grenzregulierungskommission habe ihre Arbeiten in Betreff der Feststellung des Rayons von Peschiera vollendet.

Turin, 19. Jan. [Der König; das neue Kabinet; Rüstungen im Kirchenstaat; Personalien.] Der König liegt an einer Brustentzündung darnieder, und man mußte ihm zur Ader lassen, doch ist das Uebel nicht bedenklich. — Man verspricht sich das Beste vom neuen Ministerium. Man erwartet, es werde die militärische Ausrüstung des Landes und die Annexion aufs Eifrigste befördern. Man zählt hier nicht mehr auf den Kongreß und sagt sich, daß, wenn noch davon gesprochen wird, dies eben geschehe, damit die Gegner Italiens Zeit gewinnen; Victor Emanuel brauche sich diese Manöver nicht gefallen zu lassen, denn nicht er sei es gewesen, welcher das Zusammentreten des Kongresses vereitelt habe. So reden die Leute hier überall, und Cavour scheint wirklich entschlossen, die Annexion ohne Weiteres anzunehmen. — Im Kirchenstaate werden fortwährend militärische Vorbereitungen gemacht, doch sind die Ansichten über den Stand der päpstlichen Armee getheilt; während Einige wissen wollen, dieselbe betrage einige zwanzigtausend Mann, sprechen andere bloß von 12,000 M. Und zwar soll der Kirchenstaat 4000 Schweizer, 1000 Säger, 2000 Karabinier, 1000 Linientruppen und 4000 östreichische Freiwillige zur Verfügung haben. In Pesaro befinden sich 3500, in Ancona 2000, in Urbino 1000, in Perugia 1500 und in Macerata 4000. — Hr. Monticelli reist heute Abend nach Genua ab, Ratazzi nach Nizza. — Lamarmora leidet an einer Augenentzündung. (N. Z.)

— [Das neue sardinische Ministerium] ist fertig bis auf den Minister des Innern, der jedoch wohl kein anderer als Farini werden wird. Dieser hat aber noch in den Provinzen der Emilia alle Hände voll Arbeit. Die Turiner „Gazetta Ufficiale del Regno“ vom 21. Januar bringt die betreffenden königlichen Dekrete, wodurch dem Grafen Cavour das Konseils-Präsidium, das Portefeuille der auswärtigen Angelegenheiten und interimistisch auch das des Innern übertragen wird; mit dem Portefeuille des Krieges wird General Fanti, mit dem der Justiz der Advokat Cassinis, mit dem der Finanzen Begezzi, mit dem des öffentlichen Unterrichts Mamiani, mit dem der Staatsbauten Jacini betraut. Die neu ernannten Minister legten am 21. bereits den Eid in die Hand des Königs ab. (Derselbe wäre also bereits — s. ob. — wieder hergestelt; d. Red.) Die Freude der Bevölkerung über den Wiedereintritt Cavour's ist groß; überall treten Kundgebungen zu Gunsten der neuen Verwaltung zu Tage. Der Eindruck ist ein um so reinerer, weil Cavour seine Amtsthätigkeit mit der Rückkehr der Verfassung, die während der Dauer des Krieges außer Kraft gesetzt worden war, eröffnet und derselben so eine höhere Weihe erteilt hat. Das an Stürmen und Gefahren so reiche Interregnum

ist vorüber; die „Gazzetta Ufficiale“ verkündet, daß die alte Depu- tirtenkammer aufgelöst sei, und sie bringt zugleich Bestimmungen wegen der Listen zu den politischen Neuwahlen. Am demselben Tage, 21. Januar, hat der Gouverneur der Emilia, Farini, durch Dekret die Verkündigung des neuen sardinischen Wahlgesetzes angeordnet, die Zahl der Abgeordneten, welche die Bevölkerung der Emilia zu wählen haben, festgesetzt und den Umfang der Wahlbezirke bezeichnet. Diese Maßregel Farini's, die mit den königlichen Beschlüssen, welche die Turiner offizielle Zeitung bringt, so genau zusammenfällt, ist eine neue Bestätigung der Ansicht, das Victor Emanuel mit Cavour nunmehr darüber einverstanden ist, die Vertreter der Länder, die sich für Einverleibung mit Sardinien ausgesprochen, nach Turin zum Parlamente einzuberufen. Die östreichische Regierung hat (die Nachricht ist zwar noch nicht offiziell, war jedoch am 20. Januar in Paris allgemein verbreitet und wurde, weil durchaus nicht unwahrscheinlich, allgemein geglaubt) den Wiedereintritt Cavour's ins Kabinett Victor Emanuels sofort dadurch gewahrzeichnet, daß sie in Anbetracht der Bewegung, welche dadurch in ihren italienischen Provinzen entstehen könnte, über ganz Venetien (vorläufig nur über Verona, vergl. das Telegramm in unserer gestr. Stg.; d. Ned.) den Belagerungszustand verhängt hat.

[Verurtheilung eines Geistlichen.] In Turin hat das Landesgericht einen Geistlichen zu drei Monaten Kerker und 500 Franken Geldbuße verurtheilt, weil er während des Krieges seinen Pfarrkindern ein Bülletin vorlas und sich dabei der Worte bediente: „Unsere Artillerie wurde von der östreichischen überall geschlagen und zum Schweigen gebracht.“

Florenz, 16. Jan. [Opposition des Klerus.] Der Kardinal Erzbischof von Pisa hatte vor einiger Zeit seiner Geistlichkeit aufgegeben, bei der Messe für den Großherzog zu beten. Der Minister des öffentlichen Unterrichts, Salvagnoli, hat unter dem 12. d. M. einen Erlaß an den Kardinal gerichtet, worin er zur Verhöhnlichkeit mit dem Bemerkten mahnt, daß ein längerer Widerstand des Kardinals unbedingt entscheidendere Schritte herbeiführen werde. Die Regierung ist in keiner Weise nachzugeben entschlossen. Der Minister sagt u. A.: Toscana hat gegenwärtig keinen Großherzog, sondern einen erwählten König.... Deshalb verlegt Jeder, der in der Kirche die Stimme pro magno duce nostro (für unsern Großherzog) erhebt, das göttliche Gesetz, welches Gehorsam für den, dem Staate Vorgesetzten fordert, er verlegt aber auch das Staatsgesetz, beleidigt die Majestät des erwählten und geachteten Königs und gefährdet die Ruhe der Bürger.

[Kriegsrüstungen.] Während die „Gazzetta di Milano“ die schon oft von östreichischer Seite in Abrede gestellte Absendung von Verstärkungen nach Venetien wiederholt und von glaubwürdiger Seite wissen will, daß in diesen Provinzen bereits Quartiere und Lebensmittel für 50,000 Mann Destreicher, die in Kurzem eintreffen, vorbereitet werden, berichtet die „Perseveranza“, daß im Zeughaufe zu Turin Befehle wegen Vergrößerung und Beschleunigung der Kriegsrüstungen ertheilt worden seien.

Modena, 21. Jan. [Prekäre Lage.] Das Journal „L'Avvenire“ wurde suspendirt und der Prozeß eingeleitet.

Rom, 14. Jan. [Gährung in den Marken; Demonstrationen.] Dem „Pays“ wird von hier geschrieben: In Rom spricht man von großer Gährung in den Marken. Abtheilungen von Schweizertruppen sollen von den Bevölkerungen angegriffen worden und in Macerata ein hartnäckiger Kampf erfolgt sein. In Ancona glaubten die Bewohner sich der Theater Vorstellungen enthalten zu müssen, um dem Delegaten ihre Unzufriedenheit kund zu geben. In Camerino, wo die bekannte Oper „Attila“ in dieser Saison gegeben wird, erdöhrnte das Haus von Subelufen, als der Sänger Victor in einem Duette sang: L'Italia resti a me! (Italien bleibe mein!) und der Sänger mußte die Stelle mehrere Male wiederholen.

Rom, 17. Januar. [Das päpstliche Heer; das spanische Konfordat.] Aus neugeworbenen und noch zurückgebliebenen Depotruppen haben nunmehr zwei Kompagnien gebildet werden können, welche zwar noch nicht abwechselnd, aber doch hin und wieder den Hauptwachtdienst auf dem Petersplatz für den vom h. Vater bewohnten vatikanischen Palast anstatt der Franzosen versehen. Auch eine Abtheilung des Fremdenregiments ist aus Perugia hierher befehligt. Dies wie manches Andere deutet darauf hin, daß der Abmarsch des französischen Schutzkorps bald erfolgen soll, wie denn unter diesem selbst seit Neujahr das Gerücht davon für gegründet gehalten wird. Aber was wird dann aus der Geistlichkeit, dem Papste und Rom werden? Wie General Goyon, der im Vatikan gern Gesehene, so scheint auch der Herzog von Grammont, der dort Gleichgültigere, Jeder aus verschiedenen Gründen, bald seinen Nachfolger erhalten zu sollen. — Der Abschluß eines Konfordats pflegt besonders dem Kardinalstaatssekretär reiche Geschenke von dem betreffenden fremden Hofe einzutragen. Jetzt erfreut sich die Rattifikation des Abkommens wegen der künftigen administrativen Gehörigkeit des Kirchengutes in Spanien der Zufriedenheit der dabei Theilhabenden. Die Königin Isabella ließ den Monsignoren Berardi und Franchi, welche den Plan des Konfordats ausarbeiteten, Beweise ihrer Gnade zukommen und dem Kardinalstaatssekretär Antonelli durch Herrn Nios-v-Rosas eine goldene Tabatiere von 25,000 Franken an Werth zum Danke überreichen. (K. Z.)

Spanien.

Madrid, 17. Jan. [Die Okkupation Roms; General Zabala u.] Die spanische Regierung scheint für den Fall der Räumung Roms durch die französischen Truppen wenig geneigt, Rom allein oder gemeinschaftlich mit Neapel besetzen zu lassen; doch würde man dem Papste nöthigenfalls bereitwillig eine Zufluchtsstätte in Spanien geben. — General Zabala wird wahrscheinlich genöthigt sein, zur Wiederherstellung seiner Gesundheit nach Spanien zurückzukehren. Das Heer ist mit Allem reichlich versehen und in steter Verbindung mit dem Geschwader. — Einer telegraphischen Depesche aus Madrid vom 21. d. zufolge sollte sich an jenem Tage die baskische Division nach Afrika einschiffen.

Dänemark.

Kopenhagen, 18. Jan. [Die Straßentumulte; das Ministerium; Wiederaufbau von Frederiksberg.] Da der gestrige Tag ohne die angekündigte Demonstration verlaufen ist, so darf das politische Intermezzo der Straßebewegung als ausgespielt betrachtet werden. Der König hat übrigens

noch nicht die Stadt verlassen, während die Gräfin Danner seit mehreren Tagen auf Schloß Sägerspris sich aufhält. — Baron C. Dirdind-Holmsfeldt erklärt in „Liden“, daß er nicht Verfasser irgend eines der ihm zugeschriebenen Pamphlete gegen das Ministerium sei. Wie wenig er auch auf das Ministerium, besonders auf Blitzen-Finecke, gebe, so werde er doch nie gemeinschaftliche Sache mit den Freunden des Hall'schen Ministeriums machen. — Das kürzlich vom Könige niedergesetzte Komitee zur Entgegennahme freiwilliger Beiträge zum Wiederaufbau des abgebrannten Schlosses Frederiksberg hat heute einen auf diesen Zweck bezüglichen Aufruf erlassen. Von der Zivilliste des Königs hat das Komitee als ersten Beitrag für den Bau des Schlosses die Summe von 100,000 Thlrn. (zahlbar in 6 aufeinander folgenden Quartalen) empfangen, und behält Se. Majestät sich vor die Größe des Betrages, der später von der Zivilliste zur Förderung der begonnenen Arbeiten entrichtet werden wird, näher zu bestimmen. (S. N.)

Türkei.

Konstantinopel, 12. Jan. [Die Suezkanalfrage; Kyprißli Pascha.] Thowenel hat vor seiner Abreise von der Pforte eine bestimmtere Erklärung in Betreff des Suezkanals verlangt; die ottomanische Regierung hat sich aber einfach auf ihr bekanntes Schreiben bezogen, welches an die gemeinsame Beschlußnahme der europäischen Mächte appellirt. Thowenel's Ernennung zum Minister hat hier übrigens als ein guter Schreckschuß gewirkt. Es ist sehr schön in der politischen Atmosphäre, Wetterkundige deuten auf Sturm. — Kyprißli Pascha wäre beinahe wieder Großvezir geworden, wenn er nur gewollt, d. h., als ihn der Sultan auforderte, nicht Bedingungen gestellt hätte, die jener ablehnen zu müssen glaubte. Der englische Gesandte hat im Auftrage Lord John Russell's die Pforte das Mißvergnügen der englischen Regierung über die Absetzung Kyprißli Pascha's zu erkennen gegeben.

Amerika.

Newport, 8. Jan. [Die Sprechwahl; der mexikanische Vertrag; Gesetze gegen die Neger.] Am 4. veranlaßte die Sprechwahl ein vierundzwanzigtes Ballot. Herr Sherman, von Ohio, der republikanischen Partei angehörig, erhielt 101 Stimmen; da 104 erforderlich sind, blieb auch diese Abstimmung erfolglos. Der Präsident hat am 4. den mexikanischen Vertrag an den Senat gelangt. Man glaubt an seine Annahme, aber nicht an die Bewilligung der 4 Millionen. — Der Staat Arkansas hat durch ein Staatsgesetz, das am 1. Januar 1860 in Kraft getreten ist, alle freien Neger von seinem Gebiet verbannt und bestimmt, daß jeder solcher Neger, der nach dem 1. Januar nicht ausgewandert ist oder der je zurückkehrt, in die Sklaverei verkauft werden soll. Ein Gegenentwurf derselben Tendenz liegt dem Senat von Missouri vor und soll am 1. Januar 1860 in Kraft treten. In den Staaten Mississippi, Kentucky und Tennessee werden eben solche Gesetze vorbereitet.

Newport, 9. Jan. [Zustände in Mexiko; Zwangsanleihe.] Die Sache der Liberalen in Mexiko soll sich, nach neueren Berichten, wieder besser gestalten. Sie sollen bei Queretaro einen Sieg erfochten haben. Gegen 4000 Mann unter General Bales stehen bei der Baranca von Atencuque. General Degollado war am 20. v. M. in Vera Cruz angekommen, wo auch Puerto Arroyo erwartet wurde, welcher dem Vernehmen nach als Kriegsminister in Suarez Kabinet eintreten würde. Im Norden kommandirt General Ortega die Liberalen, und in Moravia waren bedeutende Waffenlandungen für sie eingetroffen. Miramon besand sich auf dem Marische von Guadaluajara nach Colima. Es wird bestätigt, daß er den General Marquez zur Haft gebracht hat. — Der Korrespondent der „Newyork Times“ in Mexiko schreibt, daß die Zwangsanleihe von den Fremden eingetrieben werde, nachdem der amerikanische Generalanwalt Black sein Gutachten dahin abgegeben habe, daß die Anleihe nicht als vertrags- oder völkerrechtswidrig angesehen werden könne, da sie in der Form einer Kontribution auferlegt sei. Mittlerweile hat sich der merikanische Klerus gewiegert, irgend etwas zu der Anleihe beizutragen, und da er die Gewalt in Händen hat, zwingt ihn auch Niemand dazu. In Zacateca seht General Wolf seine Bedrückungen gegen die fremden Kaufleute fort, indeß haben die energischen Maßregeln des englischen Geschäftsträgers, Herrn Mathew, für die Engländer Schutz gegen diese Gewaltthatigkeiten zu Wege gebracht. Zu Gunsten der Amerikaner hat er nichts auszurichten vermocht, da die feindselige Stimmung gegen dieselben, angeblich von dem französischen Gesandten, Marquis de Gabricat, genährt, fortwährend in Zunahme begriffen ist.

Vom Landtage.

Haus der Abgeordneten.

Berlin, 23. Jan. Im Hause der Abgeordneten liegt jetzt auch der Gegenentwurf, die Bestimmung der Wahlbezirke für das Haus der Abgeordneten betreffend, im Druck vor. Der Gegenentwurf verordnet: §. 1. Die Wahlbezirke, die Wahlorte und die Zahl der in jedem Bezirke zu wählenden Abgeordneten für das Haus der Abgeordneten werden nach Subart des anliegenden Verzeichnisses hierdurch festgesetzt. §. 2. Stehen der Abhaltung einer Wahl an den angeordneten Wahlorten örtliche Hindernisse entgegen, so ist der Minister des Innern ermächtigt, ausnahmsweise einen andern Wahlort zu bestimmen. Die Gründe, mit denen die Regierung diese Gesetzesvor schläge motivirt, sind in der bereits mitgetheilten Rede des Ministers des Innern (S. Nr. 18) so erschöpfend enthalten, daß denselben aus der gedruckten Vorlage nichts zugefügt zu werden braucht. Das Verzeichnis der Wahlbezirke, Wahlorte und der in den einzelnen Bezirken zu wählenden Abgeordneten stellt sich nach dem Gegenentwurf für unsere Provinz, wie folgt:

Reg. Bez. Posen. 1) Stadt und Kreis Posen und Dornik (Posen 3 Abgeordnete); 2) Samter und Birnbaum (Zirk 2 Abg.); 3) Meseritz und Bomst (Bomst 2 Abg.); 4) But und Kosten (Zirk 2 Abg.); 5) Braustadt und Kröben (Lissa 3 Abg.); 6) Schrimm, Schroda und Breichen (Schroda 3 Abg.); 7) Weichen und Krotoschin (Kozmin 3 Abg.); 8) Adelnau und Schildberg (Schildberg 2 Abg.). Summa 20 Abg. in 8 Wahlbez. — Reg. Bez. Bromberg. 1) Garnikau und Chodzieren (Garnikau 2 Abg.); 2) Wirlich und Bromberg (Bromberg 3 Abg.); 3) Schwubin und Snowracław (Labischin 2 Abg.); 4) Mogilno, Snelen und Wogrowitz (Snelen 3 Abg.). Summa 10 Abg. in 4 Wahlbezirken.

Den Entwurf des Gesetzes, betr. die Aufhebung der Beschränkungen des vertragsmäßigen Zinsfußes, haben wir seinem Wortlaut nach schon in Nr. 18 mitgetheilt. Aus den Motiven entnehmen wir noch Folgendes: Die Aufhebung derjenigen Gesetzesvorschriften, welche die Höhe des vertragsmäßigen Zinsfußes beschränken, ist seit Jahren zu verschiedenen Malen in Anregung gebracht worden und sie hat, nach Anhörung der Handelskammern, der Vorstände der kaufmännischen Korporationen, der Provinzialverwaltungs- und Justizbehörden, so wie endlich des Landesökonomiekollegiums und der Vorstände der landwirtschaftlichen Kreditverbände, die Ueberzeugung gewonnen, daß die Wirkung der, den vertragsmäßigen Zinsfuß beschränkenden Gesetze eine entschieden nachtheilige, und daß daher die Geltung dieser Gesetze im öffentlichen Interesse nicht länger aufrecht zu erhalten ist. Bei dem gegenwärtigen Stande der Gesetzgebung verfallt nicht der eigentlich gefährliche, die Noth oder den Reichthum der Darlehensnehmer gewerbmäßig ausbeutende Wucherer dem Arm des Gesetzes, sondern in der Regel nur diejenigen werden erreicht, welche aus Gesetzesunkunde das an sich verbotene Geschäft in die erlaubten Formen zu kleiden verabsäumt haben. — Auch die Frage, ob jene Beschränkungen für den öffentlichen Verkehr wenigstens in so weit unthätig sind, daß der oben erwähnte geringfügige Erfolg, einzelne Formen der mehr als 5 procentigen Geschäfte zu hindern, durch ihre fernere Geltung nicht zu theuer erkauft scheint, glaubt die Regierung verneinen zu müssen. Die Wucherer schwächen den Personalkredit, dessen der Handel, die Landwirtschaft, die Gewerbe aller Art zu ihrem Gedeihen bedürfen und drängen den ehrliebenden und soliden Kapitalisten vom Geldmarkte des Personalkredits weg. Auch in Bezug auf den Privatkredit treten namentlich in Zeiten der Handelskrisen, die nachtheiligen Wirkungen der gesetzlichen Zinsbeschränkungen hervor, und schon zweimal ist an die Regierung die Nothwendigkeit herangetreten, durch Suspension der Zinsbeschränkungen die Wirkungen der auf dem Geldmarkte lastenden Krisen zu mildern, das erste Mal im Jahre 1857, und im verfloffenen Jahre wiederum, wenn sich nicht der

Geldmarkt schneller, als zu erwarten war, gebessert hätte. Die begehren Verfüchungen von Nachtheilen, welche aus der Aufhebung der Wucherer Gesetze hervorgehen sollen, erscheinen nicht gerechtfertigt. Es ist außerdem eine Einschränkung des Rechtsbewußtseins im Volke nicht zu bejorgen. Der eigentliche Wucherer, d. h. derjenige, welcher beim Geldauleihen die Noth Anderer durch Auspressen übermäßiger Zinsvergütung zu seinem Vortheile ausbeutet, wird unter jeder Strafgesetzgebung gleich verächtlich bleiben. Freilich ist nicht jede Ueberschreitung des jetzigen gesetzlichen Zinsmaximums eine Ausbeutung fremder Noth; je nach den Umständen erscheint in dem einen Falle ein Gläubiger, der sich zehn Proz. bedungen hat, ehrenhaft, in dem andern der Darlehensgeber deshalb, weil er überhaupt irgendwelche, wenn auch noch so niedrigen Zinsen nimmt, verächtlich. Der Bankier berechnet unangefochten, außer dem höchsten gesetzlichen Zinsfuß, beliebige Prozente an Provision, Courtage u. s. w., die öffentlichen Geldinstitute erhöhen in kritischen Zeiten ihren Diskontofuß weit über das höchste Maß gesetzlich zulässiger Zinsen, der Staat selbst nimmt keinen Anstand, bei seinen eigenen Anleihen Wucherzinsen zu zahlen, indem er dieselben unter Pari ausgiebt; das öffentliche Rechtsbewußtsein steht also schon nicht mehr mit der jetzt geltenden Strafgesetzgebung im Einklange und kann durch die Aufhebung der Wucherer Gesetze nur gewinnen. Was ferner das Bedenten betrifft, daß nach dem Fortfall der gesetzlichen Zinsbeschränkungen jedem Wucherer die Rechtshülfe des Staats zu Theil werden müsse, so ist zu bemerken, daß die bisherige Gesetzgebung zum Schutze gegen den Wucher sich unwirksam erwiesen hat und jeder großartige, dispositionsfähige Mensch durch eigene Vorsicht sich selbst Schutz gegen den Abschluß nachtheiliger Geschäfte gewähren muß. Die Vertheidiger der Zinsbeschränkungen glauben von deren Aufhebung schließlich eine für den Grundbesitzer unerschwingliche Erhöhung des Zinsfußes, das Stücken der Pfandbriefe, die Kündigung vieler Hypotheken und dadurch eine dauernde Schwächung des ländlichen Realcredits befürchten zu müssen. Die in anderen Staaten gemachten Erfahrungen rechtfertigen diese Besorgnisse nicht. In Sardinien z. B. ist seit Aufhebung der Zinsbeschränkungen den darlehenssuchenden Grundbesitzern das Kapital leichter und gegen günstigere Bedingungen zugänglich geworden, und in den Niederlanden hat der durchschnittliche Zinsfuß für hypothekarische Darlehne nach wie vor 4 1/2 % nicht überstiegen. Es ist demnach einleuchtend, daß die gesetzlichen Zinsbeschränkungen für die freie und naturgemäße Bewegung des Kapitals und für die Ausbarmung des Credits ein störendes Hemmnis sind, und die Befreiung des öffentlichen Geschäftsverkehrs von der ihr drückenden Fessel geboten erscheint. Es ist endlich noch hervorzuheben, daß die fortdauernde Geltung des Gesetzes vom 2. März 1857 in Betreff des unerlaubten Kreditgebens an Minderjährige, nicht alterirt wird. (S. N.)

Militärzeitung.

Preußen. [Die neuen Kavallerieregimenter; Vermischtes.] Die sämtlichen Einien-Kavallerieregimenter sind angewiesen worden, ihre bisherigen Eskadrons oder Eskadronen-Abtheilungen durch Abgabe von Mannschaften und Pferden zu wirklichen fünften Eskadrons umzubilden, aus welchen durch Zusammenstellung von den vier Kavallerieregimentern jedes Armeekorps zunächst je ein fünftes Regiment gebildet werden soll. Die weitere Verneuerung der Kavallerie um noch acht Regimenter wird wahrscheinlich auf demselben Wege stattfinden. Ueber die Waffengattung dieser neuen Regimenter verlautet, daß sie Dragoner und Ulanen werden sollen, und zwar in dem Verhältnisse, daß sich diese beiden Waffen in der künftigen Organisation der Armee völlig gleich stehen würden (vergl. Nr. 18). Bei den Landwehr-Stubatsbataillonen hat neuerdings eine abermalige Reduzirung der Offiziersstämme stattgefunden; so daß sich bei jedem augenblicklich nur noch zwei Kompagnieführer befinden, es wird dies indeß nur als eine vorübergehende Maßregel betrachtet, die mit dem Fortbestand dieser Bataillone in keinem Zusammenhang steht. Die Offizierskorps derselben werden vor deren Umwandlung in Einienbataillone völlig neu gebildet werden. — Wofern die Verhältnisse nicht kriegerischer werden, steht eine weitere Reduktion der gesammten Artillerie bis auf 4 Geschütze per Batterie sicher zu erwarten, die Trainbataillone sollen dagegen in ihren Mannschaften bedeutend erhöht, und wird die Ausbildungsperiode der Trainbataillone künftig wahrscheinlich auf ein halbes Jahr festgesetzt werden.

Österreich. [Neue Organisation; zweigleisige Geschützstellung.] Bei der östreichischen Infanterie ist vorläufig eine umfassende Verneuerung von 60 Mann per Kompagnie oder 360 Mann per Bataillon eingetretten, welche nach einer Witttheilung der „Allg. Mil. Ztg.“ nicht nur vorübergehend sein, sondern die Grundlage der künftigen östreichischen Bataillonsorganisation bilden soll. Das östreichische Bataillon wird demnach in 6 Kompagnien zu je vier Offizieren, 2 Feldwebeln, 4 Führern, 8 Korporalen, 12 Gefreiten, 4 Spielzeugen, 2 Zimmerleuten, 1 Fahrgemeinen, 4 Offiziersburgen und 120 Gemeinen, oder zusammen 161 Köpfen, nebst 2 Pferden und 1 Wagen, zusammen aus 966, und inbegriffen noch 13 Personen beim Stabe (1 Major, 1 Adjutant, 1 Fahnenführer, 3 Ärzte u. s.) aus 979 Köpfen, nebst 6 Wagen, 3 Reit- und 2 Zupferpferden bestehen, wogegen die Einienbataillone bisher 1350 Köpfe stark waren. Auch bei den 14 östreichischen Grenzregimentern ist bereits eine neue Organisation eingetretten, wodurch einmal dieselben, welche bisher aus 2 Feld- und 1 Reservebataillon bestanden, ganz auf Feldbat. gelegt sind, und dann auch die den meisten Regimentern dieser Gattung so lange zugetheilt gewesenen Sereschaner und anderen irregulären Abtheilungen jezt von denselben abgezweigt und zu besondern Korps vereinigt werden. Vielleicht ist hierin schon der Anfang zur Ausführung der neulich erwähnten Absicht zu erblicken, die ehemaligen Panduren und Kroaten als ein Gegengewicht gegen die französischen Juaven und Turkos wieder aufzurichten. Außerdem ist die zweigleisige Stellung der Infanterie für die Geschützform angenommen worden. Bei der Reiterei haben die Vereinfachungen in der Ausrüstung bereits ihren Anfang genommen. Die Schabracken werden hier, wie bei allen Reittieren der Armee abgeschafft, ebenso auch das Hinterzeug bei den Pferden. Auch der Karabiner und die zweite Pistole werden beseitigt; die eine Pistole aber, welche noch bleibt, wird hinter dem Gurt auf der rechten Seite getragen und mit einer Schnur am Bandelier befestigt.

Kotales und Provinzielles.

Posen, 24. Jan. [Die Preise der vier Hauptgetreidearten und der Kartoffeln] in den für die preussische Monarchie bedeutendsten Marktstädten im Monat Dezember 1859 werden nach einem monatlichen Durchschnitt in preuß. Sgr. und Scheffeln vom statistischen Bureau für folgende Städte der Provinz Posen nachstehend angegeben:

Namen der Städte.	Weizen.	Roggen.	Gerste.	Hafser.	Kartoffeln.
1) Posen	65 ¹² / ₁₂	50 ¹² / ₁₂	48 ¹² / ₁₂	24 ¹² / ₁₂	13 ¹² / ₁₂
2) Bromberg	66 ¹² / ₁₂	49 ¹² / ₁₂	37	28 ¹² / ₁₂	13 ¹² / ₁₂
3) Krotoschin	65	48	42 ¹² / ₁₂	23	13
4) Fraustadt	67 ¹² / ₁₂	52 ¹² / ₁₂	46 ¹² / ₁₂	25 ¹² / ₁₂	14 ¹² / ₁₂
5) Gnesen	67 ¹² / ₁₂	48 ¹² / ₁₂	37 ¹² / ₁₂	23 ¹² / ₁₂	11
6) Rawicz	65 ¹² / ₁₂	50 ¹² / ₁₂	42 ¹² / ₁₂	26	13 ¹² / ₁₂
7) Rissa	75	53 ¹² / ₁₂	46 ¹² / ₁₂	26 ¹² / ₁₂	15
8) Kempen	60	47 ¹² / ₁₂	39 ¹² / ₁₂	24 ¹² / ₁₂	9 ¹² / ₁₂
Durchschnittspreise der 12 preussischen Städte	70 ¹¹ / ₁₂	46 ¹² / ₁₂	39 ¹² / ₁₂	23 ¹² / ₁₂	14 ¹² / ₁₂
• 8 posenschen	66 ¹² / ₁₂	50	42 ¹² / ₁₂	25 ¹² / ₁₂	13 ¹² / ₁₂
• 5 brandenb.	76 ¹² / ₁₂	56 ¹² / ₁₂	44 ¹² / ₁₂	29 ¹² / ₁₂	16 ¹² / ₁₂
• 5 pommerzsch.	77 ¹² / ₁₂	54 ¹² / ₁₂	42 ¹² / ₁₂	29 ¹² / ₁₂	15 ¹² / ₁₂
• 13 schlesischen	65 ¹² / ₁₂	49 ¹² / ₁₂	39 ¹² / ₁₂	25 ¹² / ₁₂	14 ¹² / ₁₂
• 8 sächsischen	72 ¹² / ₁₂	60 ¹² / ₁₂	48 ¹² / ₁₂	29 ¹² / ₁₂	18 ¹² / ₁₂
• 14 westfäl.	83 ¹⁰ / ₁₂	71 ¹² / ₁₂	53 ¹² / ₁₂	33 ¹² / ₁₂	24 ¹² / ₁₂
• 16 rheinisch.	84 ¹² / ₁₂	65 ¹² / ₁₂	51 ¹² / ₁₂	31 ¹² / ₁₂	25 ¹² / ₁₂

2) Dobrzyca, 23. Jan. [Verweigerung der Steuerzahlung.] Seit Neujahr ist hier ein Kämmerer, jüdischer Religion, angestellt. Derselben ist für einen Theil des Polizeidistrikts Kozmin die Steuererhebung übertragen, während früher der Schulze jedes Orts dieselben einzog und abführte. Bei den mit den Schulzen deshalb gepflogenen Verhandlungen seitens der Behörde erklärten sich foglich mehrere gegen jede Anstellung eines Steuererhebers, weshalb bei diesen Gemeinden der alte Modus der Erhebung beibehalten worden ist, andere willigten in dieselbe. Die Gemeinden der letzteren aber sind großentheils anderer Sinnes und sie, wie auch Gutsbesitzer, verweigern die Abführung der Steuer an den neuen Erheber, obgleich der letztere von dem Polizeikommissarius des Distrikts den Gemeinden als Erheber vorgestellt wurde. Die Leute motivirten ihre Weigerung damit, daß er ein Jude sei, daß er mit den Steuern nach Amerika gehen werde, und daß sie, als vor 19 Jahren ein solcher Steuererheber ein bedeutendes Defizit hinterlassen habe, dasselbe haben decken müssen. (Da, hört denn doch Verschiedenes auf! D. Ned.) (Beilage.)

Wollstein, 23. Jan. [Zubilarium; Mißgeburten.] In der evang. Schule zu Neu-Zuhorzer-Haund wurde am 11. d. in würdiger Weise die Feier des 25-jährigen Amtsjubiläum des dortigen Lehrers Friedemann begangen.

Lobienz, 21. Jan. [Handwerkerverein.] Auch bei uns hat sich seit 6 Wochen ein Handwerkerverein gebildet, der gegenwärtig etwa 60 Mitglieder zählt.

lebhaften Anteil die Bürger an diesem Verein nehmen, und so viel Zweifel auch gegen die Leistungsfähigkeit desselben in einer so kleinen Stadt erhoben sind, so kann man doch bei solchem Geiste, wie er sich jetzt zeigt, dem Verein ein längeres Bestehen und einen gedeihlichen Fortschritt prophezeien.

HOTEL DE BERLIN. Gutsb. v. Sawicki aus Rybno, Generalbevollmächtigter v. Balowski aus Dittorowo, Wirthsch. Inspektor Wiczeberg aus Boznitz, Frau Podlewaska aus Trzemeszno, die Kaufleute Goldenberg aus Breschen, Moll aus Lissa und Buta aus Rawitz.

Bom 24. Januar.

STERN'S HOTEL DE L'EUROPE. Kaufmann Altshoff aus Berlin, Probst Weichmann aus Gieszewo, die Rittergutsb. Teske aus Wierzbau, Strauben und Rittergutsb. und Lieutenant Lant aus Pawlowicz.

BAZAR. Die Gutsb. v. Blochowski aus Przegelaw, v. Bronitz aus Drogno, v. Kefowski aus Kolitz, v. Drocki aus Gogolewo, v. Kaczynski aus Koscielce, v. Niegolewski aus Woszczewski und v. Strzykowski aus Dzielzno.

MYLIUS' HOTEL DE DRESDE. Gutsb. Graf Butinski aus Glesno, die Kaufleute Tauber, Rosenberger, Stremmel und Freund aus Breslau, Neefe aus Bielefeld, Abelsdorff, Schindler und Bahn aus Berlin, Herrmann aus Schwerin a. W., Wildfang aus Bremen und Aub aus Frankfurt a. M.

Angewandte Fremde.

Bom 23. Januar.

HOTEL DE PARIS. Gutsb. v. Winiecti aus Góra, Bürger Blazewski aus Krotoschin, die Wirthsch. Beamten Bryczynski aus Kutkowo und Wojciechowski aus Lubowo.

Inserate und Börsen-Nachrichten.

Am Mittwoch, den 25. d. M., Vormittags von 10 Uhr ab, sollen in diesem königlichen Magazin eine Quantität reine Roggenkleie und alte unbrauchbare Magazine-Inventarien an den Meistbietenden gegen gleich baare Zahlung öffentlich verkauft werden.

Posen, den 23. Januar 1860. Königliches Proviant-Amt.

Bekanntmachung. Die Lieferung von 50 Schachteln Pflastersteinen für die hiesige Stadt soll dem Mindestfordernden überlassen werden. Unternehmungslustige fordern wir auf, ihre schriftlichen Gebote versiegelt und mit der Aufschrift 'Pflasterstein-Lieferung' bis zum 31. d. Mts. Mittags 12 Uhr auf dem Rathhause abzugeben.

Posen, den 16. Januar 1860. Der Magistrat.

Thlr. 18 Sgr. 4 Pf. zufolge der, nebst Hypothekenschein in unserem Bureau III. einzuführenden Taxe, sollen

am 30. März 1860 Vormittags 10 Uhr an ordentlicher Gerichtsstelle subhastriert werden. Gläubiger, welche wegen eines dem Hypothekenscheine nicht ersichtlichen Realforderung aus den Kaufgeldern Befriedigung suchen, haben ihren Anspruch bei uns anzumelden.

Die dem Aufenthalte nach unbekanntem Gläubiger, nämlich die Erben der verstorbenen Leibesgedinger Gottfried und Eva Rosina geb. Kleinm-Luhmichs Erben werden hierzu öffentlich vorgeladen.

Lobienz, den 16. August 1859.

Im zukünftigen Frühjahr soll die Kirche zu Wonieysc renovirt und die Arbeiten durch Entreprise ausgeführt werden. Zu diesem Zweck ist ein Termin auf den 9. Februar c., um 10 Uhr Vormittags, im Pfarrhause zu Wonieysc anberaumt worden.

Die Herren Unternehmer werden auf diesen Beschluß aufmerksam gemacht, mit dem Bemerkung, daß der Anschlag und die Kontraktbedingungen, im Pfarrgebäude zur Ansicht liegen.

Wonieysc, den 22. Januar 1860.

Das Kirchen-Kollegium.

Friedrich-Wilhelm-Victoria-Landes-Stiftung!

Das ist ein Name, der wohlklingt in jedem echt preussischen Herzen und Gefühl der Theilnahme erweckt für den Zweck der Stiftung! Dieser Zweck ist: Ausstattung würdiger, durch Zergewisse ihrer geistlichen und weltlichen Ortsbehörden sichtlich legitimirten Brautpaare, gleichviel ob vom Zivill oder Militär, gleichviel ob christlicher oder jüdischer Religion. — Das ist ein unsterbliches Denkmal für alle Zeiten, nicht in Erz oder Stein, sondern in den Herzen treuer Preußen begründet, in denen auch bei unsrerer Nachkommen echt preussischer Sinn, lebendiger Glaube und vielfach bewährtes Vertrauen auf das Haus Hohenzollern forterben wird bis auf die spätesten Geschlechter.

Morgen Mittwoch am 25. d. M., dem hohen Vermählungstage unsers theuern Prinzen Friedrich Wilhelm mit Victoria, unserer gleichgeliebten Prinzess Koyal, haben wir die Ehre, durch Vermittelung unsers verehelichen Kuratorii dieser Stiftung, hier in Posen das erste Brautpaar auszustatten.

Die Mittel dazu hat uns der Rechtsanwält Herr Deyds in Berlin auf Veranlassung unsers Kuratoriums geliefert.

Ihm sei herzlich Dank für seine Opferwilligkeit gesagt, nicht allein von uns, dem berechtigtigen Verein, sondern durch unsern Mund auch von dem beglückten Brautpaare!

Posen, 24. Januar 1860.

Der Posener Provinzialverein der Friedrich-Wilhelm-Victoria-Landesstiftung.

JANUS.

Lebens- und Pensions-Versicherungs-Gesellschaft in Hamburg.

Grund-Kapital: Eine Million Mark Banko.

Table with financial data: Die Zahl der Anmeldungen belief sich in 1859 auf 1825 mit Bko. Mark 2,141,680. Davon wurden aufgenommen: 1075 Personen, darunter 49 Nachvers., mit 1,596,935. Die Gesamt-Versicherungssumme beläuft sich demnach nach Abzug des Abganges ult. 1859 auf ca. 11,850,000 über ca. 7600 Personen vertheilt.

Die Direktion des „JANUS“ Meth. A. W. Schmidt.

Die Gesellschaft gestattet vierteljährliche und monatliche Prämienzahlungen, verlangt kein Eintrittsgeld und nimmt und giebt Recht vor den Gerichten der betreffenden Versicherten.

Prospekte und Antragsformulare unentgeltlich in Posen bei dem Hauptagenten Hrn. R. Levysohn, Markt 85,

- in Gnesen bei Herrn Hauptmann Diehne, Ostrowo bei Herrn Otto Hinze, Schrimm bei Herrn Emil Siewerth, Lissa bei Herrn Julius Basch, Birnbaum bei Herrn J. M. Strich, Grätz bei Herrn B. Kubale, Meseritz bei Herrn A. F. Gross & Co.

Der Tischlermeister Herr Johann Kessler hier hat in meinem neu erbauten Hause sämtliche Defen sowohl seiner eigenen als der Straßburger Fabrik fleißig und sorgfältig zu meiner vollkommensten Zufriedenheit angefertigt, so daß ich denselben hiermit bestens empfehle.

Posen, den 23. Januar 1860. Michaelis Breslauer.

Das Informations- und Kommissions-Bureau K. Mollinski in Posen weist eine bedeutende Anzahl Güterverkäufe und Verpachtungen hier und in Posen unter sehr günstigen Bedingungen nach, auch mehrere Holzverkäufe. — Es wird ein Theilnehmer zur Anlegung einer Syropfabrik in Posen unweit der preussischen Grenze, mit einem Kapital von 5000 Thalern gesucht. — Kapitalisten können nachgewiesen werden, auch mehrere höhere Beamtenstellen für Agromomen und Forstleute, welche zeitig schon placirt sein wünschen, werden gesucht. — Zur Ertheilung von Informationen und zum Konferiren bin ich täglich früh von 9-11 Uhr und des Nachmittags von 3-6 Uhr in meinem Bureau anwesend.

Jacob Löwinsohn in Berlin, Dranienburgerstraße 37 und 68, empfiehlt sein bedeutendes Lager in echt Porter und Ale, feinsten Liqueure und Crèmes, Arac, Rum und Cognac etc. zu billigen Preisen.

Da ich Willens bin mein Geschäft aufzugeben, so verkaufe ich von heute an meine Messingwaaren gänzlich aus. Zugleich bemerke, daß ich auch sämtliche Mobilarien aus freier Hand verkaufe. Rosina Selke, alten Markt Nr. 62, neben dem Kaufmann Schmidt.

Stearinlichte in den besten Qualitäten empfiehlt zu den entsprechend billigsten Preisen Adolph Bernstein, Berlinerstr. 13.

Ausverkauf. Vom 26. d. Mts. ab findet der Ausverkauf eines Theiles der verschiedenartigsten Weine in bekannter Güte, und zwar parthienweise von 5 Flaschen ab aufwärts, gegen baare Zahlung zu ermäßigten aber festen Preisen statt in der Handlung von J. Griesingler im Bazar. Posen, den 23. Januar 1860.

Nr. 47 aufgegeben und dort keine Abdeckeret mehr existirt, ich meine Wohnung auf Vorstadt Zawada, durch das Bromberger Thor, gleich an der Ecke der Zawada Nr. 90, habe, und daher der Anmeldungen der gefallenen Pferde gegen ein Anmeldegeld entgegenstehe; ebenso werden auch die eingetragenen Hunde dort gegen das gesetzliche Fangegeld eingelöst.

Posen, im Januar 1860. Anton Kreisel, bestellter Abdecker.

Im Seidemann'schen Hause Krämerstraße Nr. 15 ist vom 1. April c. ab das von der Wittwe Fauder bisher innegehabte Geschäftslokal zu vermieten.

Nähere Auskunft ertheilt der Verwalter dieses Grundstücks Auktionskommissarius Lipschitz, Berlinerstr. 29 ist der zweite Stock zu verm.

Im Kleemann'schen Grundstücke Schifferstraße Nr. 15 ist eine freundliche Wohnung von 3 Stuben, Küche und Beigelaß, sofort oder vom 1. April c. ab zu vermieten.

Nähere Auskunft ertheilt der Auktionskommissarius Lipschitz.

Seine möbl. Part. Wohnung ist H. Gerberstr. Nr. 11 vom 1. Febr. ab zu verm.

Sapiehapl. 6, 2 Tr. r., ist eine Stube, möbl. auch unmöbl., zu verm.

Im Kaulfischen Hause, Kanonen- und Sapiehapl. Gde, ist die Parterre-Wohnung inkl. Gärtchen sofort oder von Ostern ab zu vermieten. Näheres bei J. Jagielski, Markt Nr. 41.

Mühlenstraße Nr. 4 ist im ersten Stock eine große Wohnung, bestehend aus vier großen Zimmern, Küche, Keller und sonstigem Zubehör, auch mit oder ohne Stallung, sofort oder von Ostern d. J. ab zu vermieten. Näheres Wronczesstraße Nr. 1 im Laden.

Magazinstr. 1 ist im 2. St. eine möbl. St. z. v.

Ein Wirthschafts-Inspektor, der bereits selbständig Güter verwaltet, wird zur Bewirthschaftung eines Gutes von 1600 Morgen zum sofortigen Antritt gesucht. Reflektanten wollen sich unter Mittheilung ihrer Bedingungen und sonstigen Verhältnisse und unter Abschrift ihrer Atteste an den Unterzeichneten wenden. Hartwig Kantorowicz.

Ein Rechnungsführer und ein Hofbesitzer finden vom 1. Juli d. J. ab auf dem Domänenamte Duznik ein gutes Unterkommen. Bewerber, welche beider Vorkenntnisse mächtig sind, wollen sich unter Einreichung ihrer Zeugnisse baldigst melden.

Ein sehr wohlhabender Herr, Wittwer und Hausbesitzer, wünscht für seine halberwachsenen Kinder und für ganz selbständigen Führung des Wirthschaftsbetriebes und zur Bewirthschaftung der Domänen ein anständiges gefittetes Fräulein und ist ihm die Konfession derselben ganz gleich. Kenntniß vom Klügelspiel wäre ihm sehr angenehm.

Auftrag und Nachweis: Kaufmann H. Felmann in Breslau, Schmiedebriick Nr. 50.

Ein junger Mann, Handlungsdiener, der mit der doppelten Buchführung und der Korrespondenz vertraut ist, wünscht hierorts oder auswärts vom 1. April ab eine Stelle. Zu erfragen alten Markt 64 beim Kaufmann Hrn. Lewek.

Ein junger unverheiratheter Militärfreier Mann, der schon mehrere Jahre in der Wirthschaft beschäftigt, der polnischen und deutschen Sprache mächtig ist, sucht eine Stellung. Auf humane Behandlung wird mehr gesehen, als auf hohes Gehalt. Gefällige Adressen werden T. H. Twaroznica bei Czerst erbeten.

Eisengiesserei und Maschinenbau-Anstalt von H. Cegielski in Posen.

Mit Bezugnahme auf meine Bekanntmachung vom 20. October v. J., womit ich die Eröffnung meiner neuen Eisengiesserei anzeigte, habe ich die Ehre hiermit zur öffentlichen Kenntniß zu bringen, dass ich meine bisher an der Ziegengasse gelegene Maschinenbau-Werkstatt nunmehr ebenfalls nach dem neuen Etablissement verlegt, dieselbe erweitert und neu eingerichtet, auch mit verschiedenen neuen Hilfsmaschinen versehen, und die technische Leitung der ganzen Anstalt einem theoretisch und praktisch ausgebildeten, im Maschinen- und Mühlenbau erfahrenen Civil-Ingenieur übergeben habe. Ich bin somit im Stande, ausser den gewöhnlichen landwirthschaftlichen Maschinen, auch die Construction aller grösseren Maschinen und maschinellen Einrichtungen unter üblicher Garantie zu übernehmen und bestens auszuführen, namentlich aber Dampfmaschinen, Mahl-, Oel- und Säge-Mühlen, Pumpen, Pressen und Fabrikeinrichtungen aller Art, sowie ich mich auch zur Ausführung von Reparaturen an allen dergleichen Maschinen und Fabrikanlagen erbreite.

Meine Eisengiesserei, welche nur bestes schottisches Eisen verarbeitet, liefert ausser Maschinenenguss aller Art nach eigenen oder eingesandten Modellen, auch alle übrigen gewöhnlichen wie aussergewöhnlichen Artikel, als namentlich Treppen, Balkons, Grabgitter, Grabkreuze, Monumente, Säulen, Röhren, Thüren, Roste, Pflugtheile, Buchsen, Kochheerdplatten u. dgl. m.

Posen, im Januar 1860. H. Cegielski.

Spielkarten aus der Fabrik des Herrn v. d. Oten in Graßland sind zu haben bei dem Stempeldistributeur F. Stephan, Breite Straße Nr. 6.

Ein noch guter Flügel steht billig zu verkaufen H. Gerberstraße Nr. 9 im Hofe rechts zwei Treppen hoch.

Ein junger Mann, gelernter Tischler, der Instrumentenbauer werden will, kann unter soliden Bedingungen als Praktikant eintreten in der Pianofortfabrik von Karl Ecker in Posen.

Ich warne hierdurch einen Jeden meiner Ehefrau Louise geb. Gohr irgend Etwas auf meinen Namen zu borgen, da ich für Nichts aufkomme. Ferdinand Zukunfl, Müllermeister.

Ein schwarzer junger Pudel, ungefähr 4 Monate alt, Hundin, hat sich Wallstraße 3 herrlos eingelassen und kann dafelbst vom Eigentümer in Empfang genommen werden.

M. 25. I. 7. A. J. I.

Sechster öffentlicher Vortrag des naturw. Vereins Mittwoch den 25. Januar c. um 5 Uhr Nachmittags im chemischen Laboratorium der Realschule. Herr Dr. Ball: "Ueber die Thierwelt der Vorzeit."

Verein junger Kaufleute. Mittwoch den 25. d. Mts. Abends 8 Uhr: Vortrag des Herrn Oberprediger Wenzel über Literatur.

Mittheiler zur London Illustrated News werden gesucht von Dr. Brennecke.

Man abonniert fortwährend bei allen Buchhandlungen und Postämtern, in Posen in der

Der Bierbrauer. Monatsberichte über die Fortschritte und Verbesserungen des gesamten Brauwesens. Unter Berücksichtigung der Malzbereitung und des Hopfenbaues. Herausgeber G. E. Habich. Mit in den Text gedruckten Abbildungen. Preis: halbjährlich 1 Thlr. Probenummern gratis.

Die Verlagshandlung von Otto Spamer in Leipzig.

Answärtige Familien-Nachrichten. Verlobungen. Berlin: Fr. A. Becher mit Prem. Leut. C. v. Altrick; Stargard in Pomm.: Fr. Anna Roepel mit Maschinenmeister W. Eichholz; Groß Döberleben: Fr. A. Groß mit Fr. Voges; Gmülbitz: Fr. Clara Hagemann mit Fr. H. Herz; Freienwalde a. D.: Fr. E. Schmidt mit Fr. H. Noack; Prignitz: Fr. A. Hellhoff mit Apotheker Meyer; Gensleben: Fr. D. Müller mit Fr. R. Koch; Burg: Fr. A. Guldenpennig mit Bäckermeister Karl Kämmerer.

Deutsche National-Lotterie zum Besten der Schillerstiftung. Die Gewinne bestehen aus Zeichen deutscher Fürsten und Gönner dieses Unternehmens. Hauptgewinn: Ein Gartenhaus mit Gartengrundstück. Ausserdem sehr wertvolle Gewinne in Bijouterien, Schmuckstücken, Gold- und Silbergeräthschaften etc. Jedes Loos kostet 1 Thaler Pr. Crt., 11 Loose 10 Thaler Pr. Crt. Jedes Loos erhält einen Gewinn, der mindestens 1 Thaler Werth hat. Diese Loose sind überall gesetzlich erlaubt und da dieselben einen sehr reichen Absatz finden, so eignet sich der Verkauf derselben für jeden Geschäftszweig. Bei Uebernahme größerer Partien werden besondere Vergünstigungen bewilligt. Pläne gratis und franko. Briefe und Geldsendungen erbittet franko das Hauptdepot der Loose. Anton Horix in Frankfurt am Main.

166,000 Thaler Hauptgewinn. Oestreichische Eisenbahn-Loose. Jedes Loos muss einen Gewinn erhalten. Gewinne: fl. 250,000, 200,000, 150,000, 40,000, 30,000, 20,000, 15,000, 5,000, 4,000, 3,000, 2,000, 1,000 etc. Es dürfte für Jedermann von Interesse sein, den Plan dieser, aufs Grossartigste ausgestatteten Verlosungen kennen zu lernen, es ist derselbe gratis zu haben und wird franco übersiehet. Loose werden zu dem billigsten Preise geliefert und beliebe man sich baldigst direct zu wenden an das Bank- und Staats-Effektengeschäft Anton Horix in Frankfurt am Main, Hauptdepot der Loose der allgemeinen deutschen National-Lotterie.

Man abonniert fortwährend bei allen Buchhandlungen und Postämtern, in Posen in der Gebr. Scherkschen Buchhandlung (Ernst Rehfeld), auf:

Der Fortschritt. Muster- und Moden-Zeitung für Schuhmacherarbeit. Herausgeber Ch. Vincent in Paris. Probenummern und Listen zur Unterzeichnung liegen in allen Buchhandlungen aus. Jährlich 12 Nummern mit Modebildern und Patronen. Preis: vierteljährlich nur 20 Sgr. Der Nutzen dieses Blattes ist eine Thatsache. Es kann keinem Schuhmachermeister, der einen Laden hält, auf die geringfügige Ausgabe von 20 Sgr. vierteljährlich, antworten, wenn er dadurch in den Stand gesetzt wird, die Abbildungen der neuesten Pariser Schuh- und Stiefelmodelle im Schaufenster auszustellen und seinen Kunden vorzulegen.

Vogel's Kaffeegarten. Heute Dienstag den 24. Januar c. großes Gartenkonzert von der Gesellschaft Cecilia, unter Leitung des Violinisten Herrn Koschwig, bei A. Kuttner, II. Gerberstr.

Kaufmännische Vereinigung zu Posen. Geschäfts-Versammlung vom 24. Januar 1860. Fonds. Br. Gd. bez. Preuß. 3 1/2 % Staats-Schuldsch. 85 -- -- Staats-Anleihe -- -- -- 4 1/2 % -- -- -- 99 1/2 -- -- --

Wasserstand der Warthe: Posen am 23. Jan. Vorm. 8 Uhr 4 Fuß 7 Zoll. 24. 4 2

Produkten-Börse. Berlin, 23. Jan. Wind: Süd-West. Barometer: 27 1/2. Thermometer: 3° +. Witterung: bedeckte milde Luft. Roggen, loco 48 1/2 a 49 1/2 Rt. nach Qualität. Weizen, loco 56 a 69 Rt. nach Qualität. Hafer, loco 25 a 27 Rt., p. Jan. 25 1/2 Rt. Br., p. Jan.-Febr. 25 1/2 Rt. Br., p. Frühjahr 25 1/2 Rt. Br., p. Mai-Juni 25 1/2 Rt. Br.

Weizen, loco p. 85 Pfd. gelber 63-65 Rt. bez., p. 84/85 Pfd. gelber p. Frühj. 64 1/2 Rt. bez., 85 Pfd. inl. gelber p. do. 65 1/2 Rt. bez., Gd. u. Br., exkl. schlech. 66 Rt. Gd. Roggen, p. 77 Pfd. loco 41 1/2 Rt. bez., 77 Pfd. p. Jan., Jan.-Febr. u. Febr.-März 41 1/2 Rt. bez., u. Gd., p. Frühjahr 41, 41 1/2, 1/2 Rt. bez., p. Mai-Juni 41 1/2 Rt. bez., p. Juni-Juli 43 Rt. Br.

Telegraphischer Börsen-Bericht. Doperinghe, 20. Jan. Hopfen 70 Fr. pro 50 Rtl. Roggen, p. Jan. 38 1/2 Rt. bez., Jan.-Febr. u. Febr.-März 38 1/2 Rt. Br., p. April-Mai 3 1/2 Rt. Br., p. Mai-Juni 40 Rt. Spiritus, loco 16 1/2 Rt. Br., 16 1/2 Gd., p. Jan., Jan.-Febr. u. Febr.-März 16 1/2 Rt. bez. u. Br., p. April-Mai 16 1/2 Rt. Br., p. Mai-Juni 17 Rt. bez.

Fonds- u. Aktien-Börse. Berlin, 23. Januar 1860. Eisenbahn-Aktien. Aachen-Düsseldorf 3 1/2 73 b3, Aachen-Masticht 4 16 1/2 G, Amsterd. Rotterd. 4 70 G, Berg. Märk. Lt. A. 4 74 B, do. Lt. B. 4 -- --

Rheinische, do. Stamm-Pr. 4 83 1/2 b3, do. Stamm-Pr. 4 90 G, Rhein-Nahbahn 4 42 1/2 G, Ruhrort-Grefeld 3 1/2 73 1/2 b3, Stargard-Posen 3 1/2 81 1/2 B, Thüringer 4 100 1/2 b3

Industrie-Aktien. Dessau-Kont. Gas-W. 5 89 B, Berl. Eisenf. Fabr. A. 5 69 etw b3 u B, Hörder Hüttenw. A. 5 79 b3, Minerva Bergw. A. 5 29 b3, Neufeld. Hüttenw. A. 5 4 1/2 b3 p. Stk., Concordia 4 -- -- [red. Zinf.], Magdeb. Feuerver. A. 4 -- --

Gold, Silber und Papiergeld. Friedrichsd'or 112 1/2 B, Gold-Kronen 9 1/2 b3, Louisd'or 108 1/2 b3, Sovereigns 6 18 B, Napoleonsd'or 5 8 1/2 B, Gold pr. 3. Pfd. f. 45 1/2 b3, Dollars 1 10 1/2 B, Silb. pr. 3. Pfd. f. 29 20 G, R. Säch. Kass. A. 99 1/2 b3 u G, fremde Banknot. 99 1/2 b3 u G, do. (eincl. in Leipzig) 99 1/2 b3 u G, fremde Klein. 99 G, Deutr. Banknoten 75 b3, Poln. Bankbillet 87 1/2 b3 u G

Die heutige Börse zeigte eine ziemlich feste Haltung und das Geschäft war von namhaftem Umfange. Breslau, 23. Jan. Die Börse war sehr flau und besonders östreich. Sachen beträchtlich niedriger. Schlusskurs. Deutr. Kredit-Bank-Aktien 75 1/2-74 1/2 bez., Schlesischer Bankverein 72 1/2 bez., Breslau-Schweidnitzer-Freiburger Aktien 81 1/2 Br. dito 4. Umf. --, dito Prior. Oblig. 83 1/2 Br. dito Prior. Oblig. 89 1/2 Br. Köln-Mindener Prior. --, Neffe-Brieger --, Niederländisch-Märkische --, Oberschlesische Lt. A. u. C. 108 1/2 Br. dito Lt. B. --, dito Prioritäts-Obligat. 84 1/2 Gd. dito Prior. Oblig. 88 1/2 Br. dito Prior. Oblig. 73 Br. Dypeln-Lanzowitzer 32 1/2 Br. Wilhelmsbagn (Kofel-Oberberg) 33 1/2 Br. dito Prior. Oblig. --, dito Stamm-Pr. Obl. --

Telegraphische Korrespondenz für Fonds-Kurse. London, Montag, 23. Januar, Nachmittags 3 Uhr. Silber 62 1/2-62 1/2. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Schladebach in Posen. — Druck und Verlag von W. Decker & Comp. in Posen.